

contrast

zeitung für selbstorganisation

453

39. JG.

4'50 EURO

JUNI 2022

www.contraste.org

NACHRICHTEN

Protest gegen G7-Gipfel in Elmau: Aktivist*innen planen zahlreiche Protestaktionen in Bayern.

3

PROJEKTE

Und jetzt noch eine Pandemie: Über den Umgang von Cecosocola mit Covid-19.

5

THEORIE

Zwischen Selbstausbeutung und Ver-einnahmung: Kooperativen als revolutionäre Strategie.

8

KUNST & KULTUR

Gedenken an Semra Ertan: Ihre Gedichte gaben westdeutschen »GastarbeiterInnen« eine Stimme.

14



▲ Ein neues Pflänzchen wächst von unten: Inzwischen gibt es 69 Ernährungsräte und Gründungsinitiativen in Deutschland.

Foto: Mathias Katz auf Unsplash

Ernährungsräte — für eine Politik von unten

Ernährung ist ein wichtiger Aspekt, wenn es um Maßnahmen gegen die Klimakrise geht, trägt doch konventionelle Landwirtschaft einen guten Teil zum CO₂-Ausstoß bei. Beim Thema Ernährung geht es aber auch um ausbeuterische globale Handelsketten, um die Arbeitsbedingungen in Lebensmittelindustrie und -handel und nicht zuletzt um unsere Gesundheit. Am Ende betrifft das Thema jede und jeden.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Kein Wunder, dass Initiativen rund um Ernährung und Landwirtschaft ganz vorne dabei sind, wenn es um die notwendige sozial-ökologische Transformation geht. Das Konzept der Ernährungssouveränität stellt hier eine Orientierungslinie dar. Über entsprechende Initiativen berichten wir auch immer wieder in der CONTRASTE.

In dieser Ausgabe wird ein spezielles Thema aus diesem breiten Feld herausgegriffen: Ernährungsräte. Bürger*innenräte, speziell auch zum Thema Klima, erfreuen sich in den letzten Jahren in Europa steigender Beliebtheit. Mit wenigen Ausnahmen

werden Bürger*innenräte von den Regierungen eingesetzt und sollen Handlungsvorschläge für bestimmte Politikfelder erarbeiten. Sie werden als begrüßenswerte Weiterentwicklung der Demokratie angesehen, wobei noch offen ist, welche der ausgearbeiteten Vorschläge dann wirklich in die Politik eingehen oder doch wieder in Schubladen landen, wie so viele Ergebnisse von früheren Beteiligungsprozessen.

Anders ist das bei den Ernährungsräten. Sie entstehen »von unten«, aus Graswurzelinitiativen, wie Florian Sander vom Kölner Ernährungsrat im Interview auf Seite 10 erklärt. Sie haben aber trotzdem den Anspruch,

aktiv in die kommunale oder regionale Politik einzugreifen, »damit das Thema Ernährung als wichtige Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verankert wird«, schreibt Christine Pohl in ihrem Beitrag über den Berliner Ernährungsrat auf Seite 9. Das kann durchaus einen langen Atem und das Bohren dicker Bretter bedeuten.

Es geht den Ernährungsräten aber nicht nur um politische Arbeit, sondern auch ganz konkret ums Tun. In den Beiträgen in diesem Schwerpunkt wird sichtbar, wie viele Menschen, Gruppen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen schon zukunftsfähige Lösungen für

die Ernährungsfrage in der Pipeline haben. Sowohl in Köln als auch in Berlin gilt: Es wäre möglich, die ganze Region bio-regional zu ernähren. Trotzdem gibt es laut dem letzten Buch des Ernährungsrates Berlin »Berlin isst anders« (siehe Rezension auf Seite 15) nur 15 Prozent regionaler Produkte in Berlins Supermärkten.

Obwohl Ernährungsräte auch eigene Projekte entwickeln, wie etwa den Mitmach-Supermarkt Foodhub in München, der neben dem Münchner Ernährungsrat auf Seite 12 vorgestellt wird, ist ihr vorrangiges Ziel daher, Produzent*innen, Konsument*innen, Politik und Verwaltung zusammenzubringen, um gemeinsam an Wirk-

mächtigkeit zu gewinnen. Schulen, Kitas und Unternehmen sind weitere Zielgruppen der Bewusstseinsbildung und auch wichtige Ansprechpartner für die Umsetzung.

Die Idee hat seit der Gründung des ersten Ernährungsrats in Köln 2016 eine bemerkenswerte Dynamik entwickelt. Inzwischen gibt es 69 entsprechende Initiativen in Deutschland und auch ein internationales Netzwerk, das im Schwerpunkt auf Seite 11 durch den Ernährungsrat Südtirol vertreten ist.

Link: ernaehrungsraete.org

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

NORDSYRIEN

Türkei kündigt erneuten Angriff auf Rojava an

Im Juli jährt sich die Revolution in Rojava bereits zum zehnten Mal. Der türkische Präsident Erdogan hat indes am 23. Mai einen erneuten Einmarsch nach Nordsyrien angekündigt. Die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien fordert Europa auf, die türkischen Invasionspläne zu verhindern.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Wie das kurdische Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit »Civaka Azad« berichtet, will die Türkei eine 30 Kilometer tiefe »Sicherheitszone« in jenen

Teilen Nordsyriens schaffen, die noch nicht von ihr kontrolliert werden, um damit »terroristische Bedrohungen« zu bekämpfen. Der Angriff solle beginnen, sobald Militär, Geheimdienst und Sicherheitskräfte ihre Vorbereitungen abgeschlossen hätten. Bereits im April startete die Türkei eine Bodenoffensive gegen die kurdische nationale Befreiungsorganisation PKK im Nordirak, in dem die südkurdischen Gebiete liegen.

Die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien fordert, die türkischen Invasionspläne zu stoppen und macht gerade auf die engen Beziehun-

gen zwischen Deutschland und der Türkei aufmerksam. Die BRD schicke jedes Jahr Rüstungsgüter im Wert von mehreren Millionen Euro an die Türkei. Abdulkarim Omar, Außenbeauftragter der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien, sagte laut ANF Deutsch: »Den Europäern muss klar sein, dass durch Militäroperationen gegen Nord- und Ostsyrien der IS gestärkt und wiederbelebt wird. Das ist nicht nur eine Gefahr für die Region, sondern auch für Europa.«

Die Türkei ist in der Vergangenheit immer wieder völkerrechtswidrig

gegen die selbstverwalteten Gebiete im mehrheitlich von Kurd*innen bewohnten Norden von Syrien vorgegangen. Im Verlauf von drei Angriffskriegen in den Jahren 2016, 2018 und 2019 wurden weite Teile im Grenzstreifen vom türkischen Staat und dschihadistischen Verbündeten des NATO-Mitgliedslandes besetzt, hunderttausende Menschen sind vertrieben worden, so »Civaka Azad«.

Das Nachrichtenportal »Perspektive Online« kritisiert, dass die Türkei als NATO-Mitglied kaum Sanktionen aufgrund eines Angriffskriegs zu

befürchten habe. Stattdessen nutze das Land aktuell die NATO-Beitritts-wünsche Schwedens und Finnlands, um seine eigenen Interessen durchzusetzen. Die Türkei fordert für ihre Zustimmung zum Beitritt unter anderem härteres Vorgehen gegen kurdische Exilorganisationen in den beiden Ländern.

Lest dazu auch den Beitrag auf Seite 8.

Links: civaka-azad.org

Perspektive Online: <https://bit.ly/3sYpzzw>

ANF Deutsch: <https://bit.ly/3ad0xwg>

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3

Globale Gerechtigkeit statt G7
 Kampagne von VIO.ME, THESSALONIKI

PROJEKTE SEITE 4

Radtour für Verkehrswende
 Netzwerk Selbsthilfe

PROJEKTE SEITE 5

Umgang mit COVID-19 bei CECOSOLA

BEWEGUNG SEITE 6

Rückblick auf den politischen
 Schutzraum KNEIPE

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7

Genossenschaft Selbstverwalteter
 Projekte
 Wohnprojekt Werlseestrasse, Berlin

THEORIE SEITE 8

Kooperativen als revolutionäre Strategie

contrastE ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

SCHWERPUNKT SEITE 9

Ernährungsräte als Diskussionsräume

SEITE 10

Die Pioniere aus Köln

SEITE 11

Köln wird essbar
 Der Südtiroler Ernährungsrat

SEITE 12

Der Münchner Ernährungsrat
 Foodhub, München

SEITE 13

Biotonne
 Über den Widerstand der Indigenen Triqui

SEITE 14

Kunst & Kultur
 Gedenken an Semra Ertan

SEITE 15

Rezensionen
 Konsumideologie
 Berlin ist anders
 Gemeinschaftliches Wohnen
 Vogeler Schriften
 Auf den Boden kommen

SEITE 16

Termine, Kleinanzeigen
 Impressum

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

LIEBE UND GELD

VON ULI FRANK

Vor zwei Jahren kam mir eine alte Bekannte auf dem Fahrradweg entgegen und erzählte mir, dass sie jetzt einen wirklich einfühlsamen und liebevollen Freund gefunden habe, der sie bald zu sich nach Florida holen würde. Er sei ein bekannter amerikanischer Filmschauspieler, der sie erst persönlich kennenlernen möchte, wenn sie finanziell abgesichert sei. Deswegen habe er sie in einer amerikanischen Künstlerkasse angemeldet, die Geld von ihren Mitglieder sammelt, an Bedürftige von ihnen weitergibt und ihr bald einen Scheck über 50.000 Dollar zurück überweisen werde.

Seitdem traf ich sie öfter – der »Freund« war noch immer nicht gekommen, aber sie hatte immer wieder Geld in Form von Geschenkgutscheinen überwiesen. Für mich stand fest, dass sie das Opfer eines Love-Scamming-Rings geworden war. Solche Betrügerringe sind der Polizei bekannt. Sie arbeiten als kleine professionelle Teams meist von West-Afrika aus, benutzen Fotos aus dem Internet, um mit einer fingierten Identität dort Kontakte zu finden. Wenn sie eine vertrauliche, liebevolle Beziehung aufgebaut haben, bringen sie ihre Opfer dazu, mehr oder weniger große Geldsummen zu überweisen. Das Versprechen neben der Liebesbeziehung ist die Rückzahlung einer größeren Geldsumme, die dem Opfer ein gutes Geschäft verspricht.

Die enge Verbindung von Geld und Emotionen kennen wir aus der Werbung. Beim Love-Scamming kommt noch die persönliche Bindung und das großartige Geldversprechen hinzu. Die vorprogrammierte Enttäuschung ist damit besonders schmerzhaft. Die Scham, in

seinen intimsten Bedürfnissen und Fantasien betrogen worden und auf das Geldversprechen hereingefallen zu sein, hält die Opfer jahrelang in fast unauflösbarer Abhängigkeit, aus der sie sich »von außen« nicht befreien lassen wollen.

Heiratsschwindel ist sicher kein modernes Phänomen. Neu ist allerdings die brutale Ausnutzung der modernen Sehnsüchte der Menschen. Durch den vorgetäuschten intensiven Kontakt erleben die Opfer Resonanz (Hartmut Rosa). Sie glauben, echte Liebe und Dankbarkeit zu spüren und für jemanden ganz wichtig zu sein. Jede hart abgesparte Geldsumme hindert sie dann zusätzlich daran, den Betrug für sich zu erkennen und einzugestehen. Die Verbindung von Liebe und Geld ist so stark, dass die Betrüger*innen sich auch die unwahrscheinlichsten Versprechen erlauben können.

Dass ein bekannter amerikanischer Filmschauspieler und Millionär gerade eine unbekannt Frau aus Deutschland zu seiner fernen Geliebten auserkoren hat: Eine solch absurde Liebesgeschichte wäre für die Menschen in vormoderner Zeit nur als Märchen vorstellbar gewesen. Erst der moderne narzisstische Größenwahn erlaubt es Menschen, sich in der Fantasie so weit von ihren realen Erfahrungen wegzubewegen.

Immer wieder versuchte ich meine Bekannte auf den Betrug hinzuweisen, gab ihr polizeiliche Empfehlungen und Erfahrungsberichte. Aber sie antwortete stets: »Ich bin sicher, dass mein Freund mich nicht im Stich lässt. Er kämpft dafür, dass ich mein Geld bekomme und er mich dann persönlich kennenlernen kann.«

Alte Contraste Ausgaben gesucht!

Liebe Leser*innen,

wir sind dabei, unser Print-Archiv zu vervollständigen. Gesucht werden vor allem CONTRASTE-Ausgaben der Jahre 1984 bis 2004. Vielleicht gibt es ja in unserer geschätzten Leserschaft Menschen, die CONTRASTE aufbewahren und uns einzelne Ausgaben zur Verfügung stellen würden? Des Weiteren wäre es für uns interessant, zu erfahren, ob noch andere Archive oder Teilarchive existieren? Womöglich befinden sich ja in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Menschen, die mal eine Sammlung angelegt haben oder kennen vielleicht eine Organisation oder ein Institut, die dies mal taten?

Auch unser PDF-Archiv will vervollständig werden und dafür suchen wir ebenfalls Unterstützung.

Für unser Format braucht es einen A2-Scanner und eine Idee wäre, die Ausgaben unter Anleitung selbst einzuscannen. Eine weit professionellere Archivierung könnte zum Beispiel im Zuge eines entsprechenden Studiengangs oder einer Ausbildung als Teil des Praktikums erfolgen.

Wer könnte sich vorstellen, uns in dieser Richtung zu unterstützen?

Hilfreiche Tipps gerne an: termine@contrastE.org

contrastE abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
(**51 Euro** bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contrastE** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: abos@contrastE.org

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2022+

CONTRASTE braucht Rücklagen

Liebe Leser*innen,

weitere 251,20 Euro sind an Unterstützung für uns eingegangen. Vielen Dank dafür. Wie erfreulich, nun nähern wir uns mit unserer Aktion 2022 dem ersehnten Spendenziel von 8.000 Euro. Es sind nur noch 149 Euro, die fehlen, um nicht in Schieflage zu kommen.

Für eine solide Projektarbeit brauchen wir mehr, wir brauchen Rücklagen. Die Preise steigen, insbesondere die Papier- und Druckkosten. Aber auch die Lebenshaltungskosten steigen, wie wir alle merken. Da werden wir früher oder später unsere Honorarvereinbarungen verbessern müssen. Vielleicht geht bei einigen noch

was an Unterstützung, obwohl sich die eigene ökonomische Lage für viele – Rheinmetall-Aktionäre ausgenommen – selbst verschlechtert hat.

Gerade in schwierigen Zeiten braucht es eine Stärkung von solidarischer Selbstorganisation, braucht es wichtige Impulse von Medien wie der CONTRASTE. Mehr gemeinsame Selbstversorgung und Unterstützung, mehr Commons machen unabhängiger gegenüber einer ausufernden Inflation. Breiten wir uns aus, den Boden für einen Systemwandel vorzubereiten.

Es gab ein Plus bei den Abos. Eine Fördermitgliedschaft kam dazu und gleich sieben Abos. Eines konnten wir nach einem Schnupperabo gewinnen, drei davon sind befristete gespen-

dete Knastabos (freiabos.de). Zwei Freiabos für Gefangenene liefen aus, zwei Abos wurden gekündigt. Schnupperabos wurden reichlich verschenkt, so dass diesen Monat 18 Menschen die CONTRASTE neu im Briefkasten gefunden haben.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contrastE.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

M.F.	15,00
W.I.	2,00
L.H.+B.	20,00
G.E.	100,00
Stefan Pofahl	30,00
B.K.	16,20
B.L. + K.S.	60,00
L.C.	8,00

Spendenticker »Aktion 2022«

98,14 % finanziert 7.851,00 Euro Spenden 149,00 Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **149,00 Euro**.

GLOBALE GERECHTIGKEIT STATT G7

Klima schützen statt aufrüsten

Vom 26. bis 28. Juni 2022 tagt der G7-Gipfel im bayerischen Elmau. Die Aktionsplattform »Stop G7 Elmau« hat inzwischen mehrere Kundgebungen und Demonstrationen beim Landratsamt Garmisch-Partenkirchen angemeldet. CONTRASTE dokumentiert an dieser Stelle den Aufruf des Bündnisses:

Die Repräsentanten (sic!) der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt erheben den Anspruch, über die Geschicke der gesamten Welt zu entscheiden. Als selbsternannte Gruppe haben sie dafür aber keinerlei Legitimation. Im Gegenteil: Sie schwächen legitime internationale Organisationen. Sie wollen laut Bundeskanzler Olaf »Vorreiber für klimaneutrales Wirtschaften und eine gerechte Welt« sein.

Dabei treiben sie selbst globale soziale Verheerungen, Ungleichheit, Klimakrise, Umweltzerstörung und Militarisierung voran. Meist sind vom Patriarchat benachteiligte Menschen und People of Colour besonders betroffen. Dabei sind es oft genau diese, die trotz Unterdrückung zukunftsweisende Wege gehen und Lösungsansätze aufzeigen – auch für die aktuellen großen Krisen Klima, Krieg und Pandemie.

Klimagerechtigkeit jetzt!

Die G7-Staaten haben die historische Verantwortung für die Klimakrise. Wir müssen raus aus fossilen Energien, denn es gibt kein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten. Hauptleidtragende sind aber die Menschen im Globalen Süden, denen bei Entscheidungen der G7 die Stimme geraubt wird. Deshalb schließen wir uns deren Forderung nach einem Klima-Schulden-Tausch an. Verarmten Ländern müssen ihre Schulden erlassen werden, damit sie ihre fossilen Rohstoffe im Boden lassen und ihre Transformation zur Nachhaltigkeit finanzieren können.

Menschen vor Profit

Neokoloniale Strukturen, welche auch von den G7-Staaten durchgesetzt werden, verhindern eine nachhaltige, sozial und global gerechte Wirtschaft.



▲ 2021 fand der G7-Gipfel in Cornwall, England, statt. Dagegen protestierten unter anderem Aktivist*innen von Fridays for Future: »Faire Entschuldung gleich Klimagerechtigkeit!«
Foto: Jubilee Debt Campaign / Zak Sufee

Wir brauchen daher faire Entschuldungsverfahren sowie verbindliche Abkommen zu Lieferketten, Klimagerechtigkeit und Menschenrechten. Handelsabkommen dürfen nur abgeschlossen werden, wenn sie den Menschen und dem Planeten dienen.

Gerechtigkeit in der Pandemie

Covid-19 ist eine potentiell tödliche Krankheit und marginalisierte Menschen brauchen Solidarität. Die Pandemie ist nur international und gemeinsam lösbar, doch die G7-Staaten verhindern nötige Patentfreigabe und Technologietransfer. Regierungen müssen die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen schützen und nicht nur Konzerne. Dazu braucht es auch gute und fair entlohnte Pflege.

Frieden schaffen

Wir fordern das Ende von Aufrüstung, Militarisierung und Rüstungsexpor-

ten, denn sie bringen Krieg und nicht Frieden. Imperialistische Staaten müssen gestoppt werden. Der Angriff auf die Ukraine ist, wie andere Kriege auch, ein Verbrechen und muss beendet werden. Historisch hat die NATO, dominiert von G7-Staaten, den Konflikt befördert. Wir verurteilen sämtliche Kriege und solidarisieren uns mit allen, die gegen Krieg und Ausbeutung und für soziale Gerechtigkeit eintreten.

Solidarität mit Migrant*innen und Flüchtenden

Die G7-Staaten betreiben eine menschenverachtende Politik der Abschreckung. Doch Grenzen müssen für alle Menschen offen sein. Es darf keine Geflüchtete erster und zweiter Klasse geben. Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht. Familien müssen zusammenleben dürfen.

Ernährungssouveränität

Wir brauchen einen Systemwechsel in der Agrar- und Ernährungspolitik: Weg von der Wachstumsideologie der G7-Staaten hin zur Agrarökologie. Für die Hungerbekämpfung ist ein gerechter Zugang zu Land, Saatgut und Wasser sowie faire Honorierung notwendig. Carbon Farming, wie es die G7 vorantreiben wollen, führt nur zu Greenwashing für Konzerne.

Geplante Aktionen:

6. bis 29. Juni: G7-Mobi-Rundreise
17. bis 19. Juni: GEKKO 7 (Gerechtigkeits- und Klimakonferenz), München
24. Juni: Alternativgipfel, München
24. bis 28. Juni: Camp Garmisch
25. Juni: Demo München (nicht von Stop G7 Elmau organisiert)
26. Juni: Demo Garmisch
27. Juni: Sternmarsch Elmau

Weitere Infos: www.stop-g7-elmau.info

MELDUNGEN

»Ella« und Jan sind frei

Die Klimaaktivist*in »Ella« konnte am 9. Mai nach 18 Monaten Haft das Frankfurter Gefängnis verlassen, nachdem sie sich entschieden hatte, ihre Identität preiszugeben. Bislang war sie von der Justiz als »unbekannte weibliche Person 1« geführt worden. Grund für die Inhaftierung war ihre Beteiligung bei den Protesten gegen die Rodung des Dannenröder Waldes. Der Prozess gegen Ella endete am 1. April 2022: Wegen angeblicher tätlicher Angriffe in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung wurde sie in zweiter Instanz zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt, obwohl Videomaterial die belastenden Zeugenaussagen von Polizist*innen widerlegten. Weil ihre Identität nicht festgestellt werden konnte, saß Ella bis zum Prozess in U-Haft – und wurde nicht auf Bewährung verurteilt.

Wenige Tage zuvor kam der Nürnberger Aktivist Jan nach acht Monaten Haft vorzeitig aus dem Bayreuther Gefängnis. Der Prozess gegen ihn hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt: Vorgeworfen wurde ihm, im Juni 2019 bei spontanen Protesten gegen einen Polizeieinsatz auf dem Jamnitzer Platz in Nürnberg die Einsatzkräfte angeschrien zu haben, was als »Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte« gewertet wurde, obwohl es keinerlei Körperkontakt gab. Darüber hinaus war er laut Zeug*innen gar nicht vor Ort gewesen. Trotzdem musste Jan eine 14-monatige Haftstrafe antreten.

Recht auf Wohnen

Ende April war die lang erkämpfte Hausbesetzung an der Berliner Habersaathstraße plötzlich stark bedroht. Nachdem die Initiative »Leerstand Hab Ich Saath« den Bezirk im Winter bewegen hatte, einen Nutzungsvertrag mit dem Eigentümer zu schließen (vgl. CONTRASTE Nr. 449), wollte letzterer nun innerhalb von drei Tagen die Wohnungen räumen lassen, um ukrainische Geflüchtete unterzubringen. Doch die Aktivist*innen wehrten sich und der Deal zwischen Bezirk und Eigentümer kam nicht zustande. Die etwa 60 ehemals obdachlosen Menschen können so lange bleiben, bis eine Abrissgenehmigung rechtskräftig ist.

Link: strassegegenleerstand.de

KAMPAGNE VON VIO.ME, THESSALONIKI

Neues aus der zurückeroberten Fabrik

Seit elf Jahren leisten die Kolleg*innen der Vio.Me einen erfolgreichen Widerstand gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze und die Verschrottung ihrer Fabrik. Weder die Zwangsversteigerungen noch die sonstigen staatlichen Behinderungen konnten die Kolleg*innen zum Aufgeben bewegen. Sie sind immer noch da und vertreiben weiter ihre Produkte.

GRIECHENLAND SOLIDARITÄTSKOMITEE, KÖLN

Das Projekt der Vio.Me ist eines von zahlreichen Brennpunkten des sozialen Widerstandes. Griechenland ist eine tief prekarierte Gesellschaft. Weit über 50 Prozent der Beschäftigung bestehen aus Arbeitsverhältnissen in allen möglichen flexibilisierten Formen. Der gesetzliche Mindestlohn von 663 Euro ist die faktische Obergrenze des herrschenden Lohnniveaus. Es entstehen ständig neue Kollektivstrukturen, die den Versuch unternehmen, eine Verteidigungslinie aufzubauen – wenn auch in rudimentärer Form. Gerade für diesen Kampf gegen den sozialen Kahlschlag und den gravierenden Autoritarismus

auf der Ebene der arbeitsrechtlichen Verhältnisse steht das selbstverwaltete Modell der Vio.Me.

Die meisten Selbsthilfeprojekte, die Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs herstellen und vertreiben, sind unweigerlich mit dem Problem der Wettbewerbsfähigkeit konfrontiert. Sie stehen vor dem Dilemma, entweder nach den Spielregeln des Marktes zu handeln oder aber ihre politischen und sozialen Ansprüche weiterzuvollziehen. Seit einem Jahrzehnt halten die Arbeiter*innen von Vio.Me an ihren Grundprinzipien fest: die Vollversammlung bleibt das einzige Entscheidungsgremium; es wird keine Lohndifferenzierung akzeptiert; jede Form eines flexibilisierten Arbeitsvertrages wird strikt abgelehnt; Auftragsfertigung von anderen Betrieben nehmen sie nicht an. Diese Haltung vertreten sie, nebenbei bemerkt, auch gegenüber den anderen selbstorganisierten Projekten.

Trotzdem ist es den Kolleg*innen der Vio.Me gelungen, sowohl die Qualität als auch das Sortiment ihrer Produktlinie zu verbessern und vor allem beachtlich zu erweitern (von

Allzweckreinigern bis Weichspülern). Inzwischen hat das Vio.Me-Projekt eine ziemlich große Anhängerschaft, die sowohl aktive Solidarität übt als auch die Erzeugnisse der Fabrik regelmäßig kauft. Neben dem Vertrieb auf politischen Veranstaltungen, Kundgebungen und Volksmärkten gibt es auch eine Reihe von Kollektiven und Selbsthilfeprojekten, die größere Bestellungen für den eigenen Bedarf aufgeben.

Verschiedene basisgewerkschaftliche Strukturen versuchen, ihre Arbeitgeber*innen dazu zu bewegen, Reinigungsmittel der Vio.Me für den betrieblichen Gebrauch zu kaufen. Meistens sind das Betriebe der kommunalen Behörden. Der Nachteil ist, dass die Kolleg*innen der Vio.Me lange Zeit auf die Begleichung ihrer Rechnung warten müssen. Um den Weiterbetrieb sicherzustellen, sind sie ständig auf ein bestimmtes Absatzniveau angewiesen. Aus diesem Grund haben sie wieder eine neue Kampagne gestartet, um den Vertrieb ihrer Produkte zu steigern und auszuweiten. Mit einer hochpolitisch motivierten Argumentation sprechen sie

hauptsächlich Basisgewerkschaften, Solidaritätsnetzwerke und Bürgerinitiativen an.

Wir vom »Griechenland Solidaritätskomitee Köln« wollen die Kampagne auch in Deutschland unterstützen. Wir wenden uns an gewerkschaftliche und betriebliche Strukturen, zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Netzwerke, um sie zu motivieren, sich mit den Erzeugnissen der Vio.Me-Kolleg*innen zu versorgen – auch kleine Bestellmengen sind willkommen. Es gibt auch in Deutschland einige Solidaritätsläden, die das Vio.Me-Sortiment führen und bürgernah ausliefern. Bitte helft der Vio.Me das weitere Überleben zu sichern. Solidarität ist unsere Stärke!

Link: gskk.org

Kontakt: info@gskk.org

Bezugsquellen für Vio.Me-Produkte in Deutschland:
Die Seiferei, Augsburg: seiferei.noblogs.org

Gemein & Nützlich Vertriebskollektiv:
gemein-vertrieb.de/shop

Roots of Compassion, Münster:

rootsofcompassion.org

Black Mosquito, Flensburg:

black-mosquito.org/de

ANZEIGEN

Gemeinsam die Welt verbessern?
Genossenschaft gründen!
www.genossenschaftsgruendung.de
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumederstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040 2 35 19 79-0

Viva la autonomía!
Solidarischer Handel mit
Kaffee aus Chiapas/Mexiko und Cauca/Kolumbien,
Spiel Autonomia Zapatista,
Musik von lucha amada,
Olivenöl von BeCollective,
Tee von ScotTi,
Seife von vio.me,
Bücher & Filme,
T-Shirts
Kollektiv Zapatista
Infos und neuer Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

RADTOUR FÜR VERKEHRSWENDE

33 Städte in 33 Tagen, 33 Vorträge und 3.000 km

Unter dem Motto »Cycling for Change« tourt Tobi Rosswog - größtenteils mit dem Fahrrad - durch Deutschland, Österreich und die Schweiz, um das »Aktionsbuch Verkehrswende« vorzustellen. CONTRASTE ist Medienpartner und hat ihn auf den österreichischen Etappen begleitet.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Sieben Tage nach der Auftaktveranstaltung in Leipzig trifft Tobi gegen 18 Uhr aus München in der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg ein. Warum er denn diese ungewöhnliche Art der Vortragstour gewählt habe? »Eigentlich hatte ich schon seit zehn Jahren vor, eine Aktions-Fahrradtour zu machen«, erzählt er, »aber immer sind große Projekte dazwischen gekommen. Nun hat sich endlich das Möglichkeitsfenster geöffnet. Radfahren ist einfach eine schöne Art der Fortbewegung und es ergeben sich ganz andere Qualitäten der Begegnung.«

Über das weitläufige Netzwerk der Pioneers of Change hat Tobi Menschen gesucht, die sich um die Organisation der Veranstaltungen kümmern und so hat die Anfrage Guido vom Gemeinschaftswohnprojekt »Gut überdacht« erreicht. Der war sofort bereit, sich der Sache anzunehmen, er sah viele Gemeinsamkeiten mit den Werten seines Wohnprojekts, und wandte sich an Hans Holzinger von der JBZ, denn diese Veranstaltung sollte dorthin »wo die Zukunft zuhause ist«. Hans stellt gern die Räume der JBZ zur Verfügung, denn »als ich die Ankündigung gelesen habe, hab ich mir sofort gedacht, das passt sehr gut zu uns als Einrichtung einer kritischen und kreativen Zukunftsforschung, das hätte auch Robert Jungk sehr gefallen«. Mit der Radlobby Salzburg wurde noch ein weiterer Partner an Bord geholt.

Lebendige Erzählungen

Der Titel des Abends ist »Anders leben, wirtschaften und mobil sein«, es geht also nicht nur um Verkehr, sondern grundsätzlich um ein Leben jenseits kapitalistischer Tausch- und Wettbewerbslogik und auch dafür ist Tobi der richtige »Experte«. Die Erfahrungen von drei Jahren Leben ohne Geld, der Gründung des Netzwerks Living Utopia und einer Vielzahl von



▲ Hans Holzinger und Tobi Rosswog bei der Ankunft in Salzburg

Foto: Carmen Bayer / JBZ

tauschlogikfreien Projekten sorgen für ausreichend Stoff zum Erzählen. Denn das ist es, ein großartiger und motivierender Erzählabend. Ohne moralischen Zeigefinger, ohne langweilige und erschreckende Zahlen und Fakten erzählt er seine persönliche Geschichte und die anderer Initiativen, voll Energie und gespickt mit Pointen, die die Absurdität der aktuellen Situation auf den ersten Blick deutlich machen.

Subversive Aktionen

So ist auch das Aktionsbuch aufgebaut. Fakten und technische Details zur notwendigen Verkehrswende gibt es zur Genüge, in dem Buch werden Beispiele gezeigt, wie Menschen diese selbst in die Hand nehmen können, Regierungen und Unternehmen zum Handeln zwingen, Bewusstsein schaffen, Diskurse verändern oder überhaupt erst anstoßen. Die vorgestellten Aktionsformen sind von unterschiedlicher Radikalität und oftmals subversiv, so dass für alle etwas dabei ist.

So kann man zum Beispiel Zebrastreifen oder Radwege einfach über Nacht selber malen, wenn die Stadtverwaltung es nicht tut. Meist freuen sich die Anwohner*innen und manchmal zieht die Verwaltung sogar nach. Manchmal reagiert sie auch verwundert auf den über Nacht entstandenen neuen Radweg, der fleißig genutzt wird. Man hätte die Notwendigkeit nicht erkannt, weil da ja vorher kaum Fahrräder unterwegs waren. Das sei ja auch kein Wunder, meint Tobi, Radwege ziehen Radfahrer*innen an wie Straßen Autos. »Im Dannenröder Forst sind ja auch nicht besonders viele Autos unterwegs gewesen, bevor es eine Straße gab.«

Für Lacher sorgten auch die Berichte über Aktivitäten der Kommunikationsguerilla. Da tauchte etwa ein Plakat auf, das ankündigte, das private Verkehrsunternehmen Metronom wolle für eine Woche den Nulltarif einführen. Es gab auch die entsprechende Webseite dazu, Flyer wurden verteilt, alles wirkte so realistisch, dass sogar die Schaffner*innen

halfen, die Flyer unter die Fahrgäste zu bringen. Erst Stunden später meldete sich der Pressesprecher des Unternehmens zu Wort: Das sei zwar sehr gut gemacht, aber es sei eine Falschmeldung. Für drei Tage gab es dann trotzdem Freifahrt, weil man die Dynamik so schnell nicht mehr einfangen konnte.

Dann erfahren wir doch auch noch, welche vier Säulen zu einer gelingenden Verkehrswende gehören: Kurze Wege, autofreie Zonen, attraktive Fußgängerzonen und gut ausgebauter und kostenfreier öffentlicher Verkehr.

»Zugjoker« für weite Strecken

Die Veranstaltung wird gestreamt, auch online schauen viele Menschen mit. Wegen der großen Entfernungen nutzt Tobi auf der Strecke durch Österreich und die Schweiz den »Zugjoker«. Und am nächsten Tag, auf dem Weg zum Bahnhof, wird Tobi mehrmals von unbekanntem Menschen auf den »tollen Vortrag gestern« angesprochen.

Einen ebenso informativen und unterhaltsamen Abend gibt es am nächsten Tag im Stadtpark in Innsbruck. Dort hat eine Umweltgruppe von Studierenden im Rahmen der Nachhaltigkeitstage der Uni, ebenfalls gemeinsam mit Kooperationspartnern, eine Open Air-Veranstaltung organisiert und hat Glück: Es ist der erst laue Sommerabend des Jahres, auf den bereitgestellten Liegestühlen und im Gras sitzen und liegen die Zuhörer*innen und schauen auf die große Leinwand. Strom für Lautsprecher und Beamer wird dem Thema entsprechend mit Fahrrädern erzeugt, vom ersten Tiroler »Radlino«.

Und am nächsten Tag geht es schon wieder weiter, über Zürich und Basel zurück nach Deutschland. Tschüss und alles Gute, Tobi!

Links:
cycling-the-change.de
oekom.de/buch/aktionsbuch-verkehrswende-9783962383541
jungk-bibliothek.org
cubic-online.eu/projekte/radlino

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

»Aber das sind phantastische Ideen, die vor keiner Wirklichkeit bestand haben« (Alice Salomon) - Über die Sorge mit der Sorgearbeit.

Der Sommer ist da und endlich ist Corona vollends aus den Köpfen verschwunden, zumindest bis Oktober, obwohl eine neuerliche Herbstwelle dann wohl auch niemanden mehr wirklich überrascht. Erwartbar halbherzig war auch der vom Bundesgesundheitsamt eingeführte Pflegebonus, der mit einer Milliarde geradezu großzügig von Lauterbach angekündigt wurde. Die eine Milliarde zeigt aber vor allem im Vergleich zur Aufstockung des von Scholz im Kurzschluss angekündigten Rüstungsetats um 100 Milliarden schon deutlich, welchen Stellenwert die Care-Arbeit weiterhin und trotz der inzwischen mehrjährigen Pandemie in unserer Gesellschaft hat. Schlussendlich und auch mit neuer Bundesregie-

rung sind wir über den obligatorischen Balkon-Plausus eigentlich nicht hinausgekommen. Zumal der Bonus offenbart, dass nicht Sorge- und Pflege-Arbeit an sich, sondern vor allem ein widersinniges Konzept von Leistungsbezogenheit und Rationalisierbarkeit honoriert wird. Anders ist die Ungleichverteilung der Boni für Pflegekräfte auf Intensiv- und Normalstationen nicht nachzuvollziehen. Insgesamt sind wir weiterhin weit entfernt davon, Care-Arbeit den Stellenwert zukommen zu lassen, den sie gesellschaftlich einnimmt. Immer noch weiblich konnotiert, wird sie vor allem als Herzensangelegenheit verstanden, mit der kein Geld verdient werden kann. Zudem gesellt sich das wahnwitzige und vollkommen destruktive Vorhaben der Bundesregierung, deutschlandweit 60 Prozent aller Krankenhäuser zu schließen. Mit gewohntem Entsetzen stellen wir fest: Rast drei Jahre Pandemie

und nichts gelernt. Vielleicht sollte sich zu den Arbeitskämpfen im Care-Bereich die Forderung nach einer grundsätzlich angemessenen Rationalisierbarkeit von Pflegearbeit anschließen.

Kollektiv Raumstation - Ein Spaziergang auf den Spuren nachbarschaftlicher Care-Arbeit

Allerdings ist es zunächst Aufgabe, Care-Arbeit, mit allen Implikationen auch jenseits der Lohnarbeit, weiterhin im öffentlichen Diskurs zu halten und sichtbar zu machen. Das Kollektiv Raumstation versucht mit seinem Projekt »Care-Arbeit trifft Nachbarschaft« das Thema in einer räumlichen Dimension zu fassen und im alltäglichen Leben beobachtbar zu machen. Der Leopoldplatz im Berliner Wedding ist dabei exemplarisch gewählt. Ziel ist es, neben der Sichtbarmachung, die Rahmenbedingungen institutio-

nalierter Care-Arbeit zu beleuchten und politische Forderungen abzuleiten. Dafür möchte das Kollektiv mit der Nachbarschaft, die in der Sorgearbeit aktiv ist, praxisnahe Gespräche über Arbeitsalltag, Herausforderungen, Verständnis, Anerkennung sowie räumliche Aspekte der Arbeit führen. Die Spaziergänge werden einerseits von den Ergebnissen der Gespräche und Plakaten in den Institutionen sowie kleineren baulichen Interventionen entlang der Route begleitet und können nach Karte anhand eines Flyers oder geführt begangen werden. Außerdem sollen die Inhalte der Spaziergänge sowie die nachbarlichen Gespräche auch online abrufbar und somit über die Grenzen Berlins hinaus gangbar sein.

Maxi Megaweiß

Weitere Informationen:
<https://raumstation.org>

UMGANG MIT COVID-19 BEI CECOCESOLA

Und jetzt noch Pandemie — Sie nehmen's, wie's kommt

Die Covid-19-Pandemie hat die gesamte Welt unvorbereitet erwischt, an vielen Orten sehr angespannte Situationen geschaffen und viele Länder und ihre Bevölkerungen hart getroffen. Unter denen, die es extra schwer hatten, sind auch die Venezolaner*innen. Schon seit Jahren liegen in Venezuela Wirtschaft und öffentliche Infrastruktur brach. Die Kombination aus Misswirtschaft, Korruption, Wirtschaftssanktionen, Hyperinflation, Lebensmittelknappheit und zuletzt auch noch Treibstoffmangel schafft eine Situation, in der einem leicht jeder Optimismus und jede Lust an der Zukunft vergehen könnte. Bei Cecocoesola wurde trotzdem weiter diskutiert, transformiert, gearbeitet — und behandelt. Denn das Gesundheitsnetz ist ein wichtiger Pfeiler der kommunitären Dienste, die Cecocoesola anbietet. Und dies ist nicht die erste Krise — die Compañer@s haben in den vergangenen Jahrzehnten viel an ihrer Resilienz gearbeitet.

BIRTE BAUMGARTEN (PROJEKTEWERKSTATT AUF GEGENSEITIGKEIT) UND JORGE RATH (CECOCESOLA)

Das Gesundheitssystem in Venezuela ist mehr als prekär aufgestellt. Sowohl Konsultationen als auch Operationen und Medikamente müssen von den Patient*innen selbst gezahlt werden. Die privaten Kliniken und Praxen verlangen dabei Preise, die für den Großteil der Venezolaner*innen unbezahlbar sind. Das öffentliche Gesundheitssystem ist aber leider auch keine nutzbare Alternative, die kostenlose Gesundheitsversorgung steht lediglich auf dem Papier. Angefangen bei den teils maroden Bauten fehlt es hier, wie überall sonst im Land auch, regelmäßig an Strom und Wasser sowie an Ersatzteilen für die medizinischen Geräte. Dazu kommt, dass die Korruption im Gesundheitssystem blüht wie die Kirschbäume im Frühling. Die Ärzt*innen und das Pflegepersonal bekommen den gesetzlichen Mindestlohn, der derzeit bei sechs bzw. fünf USD liegt. Das sind monatlich ca. 395 Dollar, weniger als nötig, um sich grundversorgen zu können.

Um sich und ihre Familien ernähren zu können, sind die Angestellten im öffentlichen Gesundheitssektor also darauf angewiesen, bei der Arbeit Nebeneinnahmen zu erfinden. Erleichtert wird das dadurch, dass das nötige Material zur Behandlung nicht von den Krankenhäusern bereit gestellt wird, sondern Patient*innen vom Wartebooth über Kanülen bis zur Prothese alles selbst kaufen und zur Behandlung mitbringen müssen. Diese Einkäufe werden dann häufig so organisiert, dass die behandelnden Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen von den Händler*innen Provision bekommen auf die Einkäufe ihrer Patient*innen. Wer sich die Kosten für Beratung und Verbrauchsmaterialien nicht leisten kann, bleibt krank und unbehandelt. Im Ergebnis bedeutet das, dass die Wahrscheinlichkeit für viele Venezolaner*innen, an einem schweren Covid-Verlauf zu sterben, sehr hoch ist.

Die venezolanische Regierung hat in der Pandemie, wie viele andere Regierungen auch, Maßnahmen von oben erlassen. Die Maßnahmen werden hier aber kaum generell kritisiert. Dazu gehört unter anderem eine Maskenpflicht im öffentlichen Raum und die Empfehlung zur »distancia chiva«, eine Ziegenlänge Abstand zu einander. In den ersten sechs Monaten der Pandemie galt zusätzlich die rigideste der hiesigen Maßnahmen, eine Ausgangssperre zwischen Mittag und Morgengrau-

en. Wie schon im September 2020 in der CONTRASTE beschrieben, wurde auch bei Cecocoesola nach passenden Lösungen gesucht, um mit der neuen Lage umzugehen. Die staatlichen Vorgaben wurden nur eingehalten, wenn sie mit den Regeln der Vernunft übereinstimmten und ansonsten stillschweigend umgangen.

Einrichtungen bleiben offen

Nach einer kurzen Schockstarre zu Beginn der Pandemie im März 2020 gehen im Integralen Kooperativen Gesundheitszentrum (CICS – Centro Integral Cooperativo de Salud) und andernorts in Cecocoesola die Debatten los. Alles schließen, um maximalen Schutz der Arbeitenden zu gewährleisten, die Dienste runterfahren auf ein Minimum, oder offen lassen? Schnell wird klar, komplett schließen ist keine Option. Denn das Selbstverständnis von Cecocoesola in seiner Gesamtheit ist das der »Comunidad organizada«, also der organisierten Gemeinschaft/Gesellschaft, die ihre Dienste nicht etwa an irgendwelche anonymen Kund*innen verkauft. Die Compañer@s verstehen sich viel mehr als Teil der »Comunidad«, mit der sie die Gesundheitsleistungen, die Beerdigungen, die Lebensmittelmärkte organisieren. Das, was sie anbieten, ist also ein kommunitärer Dienst für alle, die Arbeiter*innen eingeschlossen. Und sehr viele Familien sind von den Märkten, Kooperativen und Angeboten abhängig. So wird bald gemeinsam entschieden, dass die Einrichtungen von Cecocoesola weiter offen bleiben.

Ausgehend vom Standpunkt der Verantwortung und Solidarität wird auch schnell klar, dass alle auf Schutzmaßnahmen setzen, um sich und die Comunidad nicht mehr als nötig zu gefährden. Abstand halten, wo möglich, Verkleinerung von Treffen, dauerndes Hände Desinfizieren und immer bedingungslos Maske tragen (auch draußen, auch mit den eigenen Compañer@s, auch bei 30°C) werden Normalität. In den Märkten arbeiten nun alle mit Masken, Handschuhen und Haarnetzen, »als Astronauten« sagen sie. Im CICS kommen noch Gesichtsschilde dazu. Alle Kooperativen passen jeweils für sich die

nötigen Maßnahmen an die Gegebenheiten vor Ort an. Das Risiko für Ansteckungen, das trotz der verschiedenen Maßnahmen bleibt, nehmen sie in Kauf.

Eine eigene Covid-Station

Eine der vielen Herausforderungen, die sich Cecocoesola stellt, ist die Frage nach der Quarantäne und Versorgung kranker Compañer@s. Sich zu Hause umfassend zu isolieren, ist für viele nicht möglich. Wenn ein*e Mitarbeiter*in so schwer krank wird, dass er*sie dauerhaft Pflege benötigt, dann bleiben eigentlich nur noch die staatlichen Einrichtungen, die schlecht funktionieren. Die Lösung liegt in der Umnutzung eines Gebäudes der Kooperative El Triunfo. Vor dem Bau des Integralen Gesundheitszentrums hatten sie dort auf zwei Etagen ärztliche Beratungen und Behandlungen angeboten. Seit dem Umzug in das kollektive Krankenhaus stand das Haus fast leer. Hier wurde eine Covid-Station eingerichtet, die fast zwei Jahre lang zur Verfügung stand, um erkrankte Compañer@s zu versorgen.

Vom Erdgeschoss aus versorgen die Krankenpfleger*innen aus den Gesundheits-Kooperativen die erkrankten und isolierten Compañer@s. Sie kochen für sie, begleiten sie, versorgen sie hier – wenn nötig sogar mit Sauerstoff. Im Laufe der Pandemie werden dort ca. 100 Menschen mit teils schweren Verläufen behandelt. Viele Venezolaner*innen haben Diabetes, ein Risikofaktor für einen schweren Verlauf, davon sind auch die Mitarbeitenden der Kooperativen nicht ausgenommen. Manche erleiden unter der Infektion hier Nierenversagen, die meisten schaffen es wieder zu genesen. Aber nicht alle. Zwei Compañer@s sterben. Viele Mitarbeiter*innen der Kooperativen verlieren Angehörige. Die Pandemie schlägt hier spürbar stark ein und es scheint, dass innerhalb von Cecocoesola sehr viele Leute jemanden kennen, der*die Angehörige verloren hat.

Nicht nur im Privaten, auch im kooperativen Gesundheitsnetz macht sich die Pandemie deutlich bemerkbar, aber der Kollaps bleibt aus. Im Integralen Gesundheitszentrum sind es vor allem die Röntgenabteilung

und das Labor, die ständig einen starken Ansturm erleben. Um diesen zu händeln, wird umverteilt. Die Mitarbeiter*innen aus anderen Abteilungen, die die nötigen Fähigkeiten haben, wechseln ins Laborteam, in der Röntgenabteilung wird eine zweite Schicht eingeführt und es kommen neue Leute dazu, um an sechs Tagen in der Woche von 6.30 bis 17 Uhr Sprechzeiten anbieten zu können.

Ansonsten werden im CICS einige Abläufe umgestellt. Der Ansturm der Menschen wird so organisiert, dass sich möglichst wenig Menschenmengen bilden, ein neues System zur Terminvergabe entsteht, die Wartenden werden getrennt nach »potentielle Covid-Infektion« und »sonstige Anliegen« und der innenliegende Parkplatz der Mitarbeiter*innen wird umfunktionierte zum zweiten Wartebereich. Die wöchentlichen Plena werden verkürzt und verkleinert. Um sich dennoch genug austauschen, reflektieren und gemeinsam weiterbilden zu können, entsteht ein weiteres Plenum pro Woche. Auch in den anderen, dezentralen Gesundheitsstationen von Cecocoesola, die über die Stadt Barquisimeto verteilt liegen, gibt es Veränderungen und Anpassungen. Im Großen und Ganzen aber geht es weiter. Immerhin sind hunderttausende Menschen auf die bezahlbaren, guten medizinischen Dienstleistungen angewiesen.

Fonds funktionieren stabil

Innerhalb des Kooperativennetzwerks existieren verschiedene Fonds für die Kosten der Gesundheitsbehandlungen, aus denen solidarisch umverteilt und verliehen wird, wenn irgendwer die anfallenden Kosten nicht aus eigener Tasche zahlen kann. Diese Fonds werden sowohl durch die regelmäßigen, selbstverwalteten Beiträge aller Beteiligten als auch durch diverse andere Aktivitäten wie Verkäufe von bestimmten Waren oder Tombolas wieder gefüllt. Entgegen der ersten Befürchtungen schaffen es auch diese Fonds ganz gut durch die Krise. Sie wurden viel gebraucht und beansprucht in den letzten zwei Jahren, es hat aber auch immer wieder funktioniert, sie durch gemeinsame Aktivitäten wieder zu füllen. So sind sie

nach wie vor da, ausreichend gefüllt und scheinen stabil zu funktionieren.

Während der Staat von oben herab Maßnahmen verordnet, deren Ziel nur die Verhinderung von Infektionen ist und dabei zu teils stark einschränkenden Mitteln greift, die auch mittels Strafe durchgesetzt werden, versucht Cecocoesola einen Weg zu finden zwischen Verantwortungsübernahme durch Maßnahmen zur Verhinderung von Infektionen, Verantwortungsübernahme für die Aufrechterhaltung der Grundversorgung, die die Kooperativen anbieten, und Verantwortungsübernahme für die Konsequenzen, die den Compañer@s aus dem erhöhten Infektionsrisiko im Rahmen der Arbeit entstehen. Und auch wenn einige Aktivitäten und Treffen ausfallen mussten, um all diesen Verantwortungen gerecht zu werden: Das Kooperativen-Netzwerk scheint ohne größere Schäden durch die Pandemie gekommen zu sein. Ohne spaltende Konflikte, ohne dass die Aktivitäten eingestellt werden, aber auch ohne dass die Compas das Risiko einer Infektion innerhalb ihrer Orte und Tätigkeiten leichtfertig in Kauf nehmen.

ANZEIGE



Der »Islamische Staat« kam im Irak und in Syrien nicht aus dem Nichts. Eine rein militärische Bekämpfung reicht nicht aus.

Der »Islamische Staat« Entstehung und konzeptlose Bekämpfung
Magazin Verlag, 2017, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de



▲ Eine Ziegenlänge Abstand in den Schlangen, bitte!

Foto: Cecocoesola

RÜCKBLICK AUF DEN POLITISCHEN SCHUTZRAUM KNEIPE

» Das Bollwerk der politischen Freiheit des Proletariers «

Die Kneipe befindet sich im Niedergang – nicht erst seit der Corona-Krise. 1905 kamen in Berlin 157 Einwohner*innen auf eine Schenke, vor fünf Jahren waren es 4.000 Einwohner*innen auf eine klassische Kneipe. Und das Kneipensterben geht weiter. Allein in meinem Neuköllner Kiez haben in der letzten Zeit vier Kneipen geschlossen, meist aufgrund der Gentrifizierung und hoher Mieten. Die linke Kneipe »Syndikat« wurde sogar geräumt, nun steht die Fläche leer.

ANNE SEECK, BERLIN

Seit der Zeit, als ich in der DDR in die Großstadt zog, bin ich Kneipengängerin. Es gab dort kaum »Szenekneipen«, eine der Ausnahmen war der »Franken«, eigentlich »Borsig-Eck«, in Ostberlins Mitte. Ein bunte Mischung an Menschen frequentierte die Kneipe, welche schließlich von der Stasi geschlossen wurde. Ansonsten besuchte ich Eck-Kneipen in meinem Kiez, die »Kowalski« oder »Gemütliches Eck« hießen. Bei der Lohnarbeit und in Kneipen hatte ich mit Arbeiter*innen zu tun, die Unzufriedenheit lag in der Luft. »Die beste Informationsquelle über die Lage in Deutschland waren für mich immer die Kneipen«, schrieb einst Heiner Müller.

Seit dem Mauerfall lernte ich den Westteil Berlins kennen und bemerkte, dass die Kneipenlandschaft zerklüftet war. Hier saß die »Szene«, dort die Mittelschicht, ganz woanders trafen sich die Arbeiter*innen. Berührungspunkte gab es kaum. Mir fehlte die Mischung, denn die unterschiedlichen Milieus kamen kaum zusammen, völlig anders als in den Kneipen der DDR. Diese Ausdifferenzierung hatte im Westen in den 1980er Jahren an Fahrt aufgenommen.

Die Szenekneipe ist allerdings schon ein Produkt der Studentenbewegung. Viele Wirte hatten ab 1968 Probleme mit diesem neuen Milieu, so dass zum Beispiel Lokalverbote ausgesprochen wurden. Deshalb schuf sich die Szene ihre eigenen Kneipen, vor allem Aussteiger*innen und Verweigerer*innen übernahmen Lokale. Auch mit den Hausbesetzerbewegungen in den 1980er und 1990er Jahren entstanden neue Szenekneipen, die zum Teil noch existieren, aber ihre politische Bedeutung oftmals verloren haben. Im Laufe der Jahre erlebte ich



▲ Die linke Berliner Kneipe »Syndikat« wurde im August 2020 geräumt, nun steht die Fläche leer.

Foto: nk44

allerdings eine Menge Szenekneipen, die infolge der Gentrifizierung oder einfach aufgrund eines Mangels an Gästen geschlossen wurden – so etwa das »Bermuda-Dreieck«, eine ehemalige Kneipe in Kreuzberg.

Es wehte ein neoliberaler Wind, Hartz IV wurde eingeführt, viele hatten weniger Zeit oder kein Geld, um weiterhin Kneipen aufzusuchen. Ein staatlich geförderter Gesundheitswahn zog in die Köpfe vieler Menschen ein. Im beginnenden Zeitalter der Selbstoptimierung war der Bierkonsum in Kneipen kaum noch angesagt, und wenn, dann nur in hippen Locations. Allerdings erkorren die Hipster² auch Eck-Kneipen zu trendigen Orten: »Untrügliches Zeichen für den endgültigen Niedergang der Kneipenkultur ist übrigens deren wachsende Beliebtheit bei Hipstern und artverwandten Zeitgenossen. Diese Indikatoren für den endgültigen Verfall begannen schon Jahre vor der Pandemie scharenweise die hinterletzten Lausbuden zu bevölkern.« (Frankfurter Rundschau vom 18. Januar 2021) Die Stammgäste fremdelten und blieben schließlich weg. Sie kamen auch nicht wieder, »als die Karawane der Coolen schon längst weitergezogen war, um das nächste verträucherte Loch zum heißesten Scheiß zu erklären«. (ebd.) Ich floh zum Beispiel, als die Kreuzberger Kneipe »Bei Schlawinchen« plötzlich übervoll war mit Hipstern und von Touristenbussen angekarteten jungen Menschen und gleichzeitig die Bierpreise erhöht wurden.

Orte der »unteren« Klassen

Noch im klassischen Athen und im alten Rom durfte sich nur dieses gesellschaftliche Segment in Gasthöfen blicken lassen. Auch im Mittelalter waren Schenken zumeist plebejische Orte und schon während der Bauernkriege als Unruheherde verschrien. Die hygienischen Verhältnisse im Mittelalter waren schlecht, das Grundwasser verunreinigt, so dass Alkohol zum Alltagsgetränk wurde und einen Teil der Volksnahrung bildete. Der chronische Alkoholismus der »unteren« Schichten wurde im Mittelalter sozial akzeptiert, die

betroffenen Menschen galten als »verhaltensunauffällig«. Das änderte sich in Europa erst im 18. Jahrhundert. Die industrielle Entwicklung begann für das Proletariat mit einem »Schnapsschock«. Die Arbeiterklasse wurde mit Hilfe des Alkohols in die Fabriken gelockt und dort »bei Flasche« gehalten. Die Arbeiterbewegung brauchte lange, um sich von der entpolitisierenden und apathisierenden Wirkung des Fusels zu emanzipieren. Die Arbeiterschaft kämpfte gegen den ihr aufgezwungenen Schnaps an: die Sozialdemokratie mit Parolen wie »Schnaps ist Klassenverrat, Biertrinken sozialdemokratisch«. Dabei half die Einführung untergäriger Biere – etwa des bekannten »Pils« – was die Beliebtheit dieses Getränkes seit den 1870er Jahren erheblich steigerte.

Die Kneipe und die Arbeiterbewegung

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entstand die klassische Arbeiterkneipe. Die Gaststätten wurden vor allem während der Herrschaft der Sozialistengesetze von politisch organisierten Arbeitern zum Teil selbst übernommen und geführt. Karl Kautsky schrieb: »Das einzige Bollwerk der politischen Freiheit des Proletariats, das ihm so leicht nicht konfisziert werden kann, ist das Wirtshaus.« Während der Zeit der Arbeiterbewegung war die Kneipe vor allem ein Ort der Politisierung, eine Stätte politischer Kultur. »Solange der entstehenden Arbeiterbewegung wie meist im 19. Jahrhundert keine eigenen Räume zur Verfügung standen, war es die Kneipe beziehungsweise der abgetrennte Saal eines Lokals, in dem sich interessierte Arbeiter und Handwerker trafen, um Zeitungen und programmatische Texte zu lesen, zu diskutieren und gegebenenfalls ihre Vereinsangelegenheiten zu besprechen«, schrieb Jürgen Kocka in seinem Buch »Arbeiterleben und Arbeiterkultur«.

Im Magazin des Stadtarchivs Hamburg befinden sich 20.000 handgeschriebene Dokumente von Polizeispitzeln, die Arbeiterkneipen bis zum Ersten Weltkrieg überwachten. Die Aktenreihe lautet paradoxerweise »Berichte ohne Wert«. Nur wenige von ihnen wurden für politisch wich-

tig gehalten und ausgewertet, die anderen als belanglos eingestuft und sofort ad acta gelegt. Erst im Jahre 1989 erschien das Buch »Kneipengespräche Kaiserreich. Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892-1914«, herausgegeben von Richard J. Evans, der diese »Berichte ohne Wert« untersuchte – und auf viele Gesprächsthemen der Arbeiter*innen einging.

Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes entfaltete die Hamburger Arbeiterbewegung eine rege Agitationstätigkeit. Es kam zu einem raschen industriellen Aufschwung, aber auch zu rapiden Miet- und Preissteigerungen. Die erneute Wirtschaftskrise führte zu einer stark ansteigenden Arbeitslosigkeit. Die Bevölkerung wuchs schnell. Im Jahr 1892 starben in Hamburg während einer sechswöchigen Cholera-Epidemie 10.000 Menschen, hauptsächlich aus der arbeitenden Bevölkerung. Der Chef der politischen Abteilung der Polizeibehörde Rosalowsky war der Meinung, dass sich die Sozialdemokratie in einem Radikalisierungsprozess befand und möglicherweise auf einen gewaltsamen Umsturz zielte. Die Versammlungsüberwachung sollte nun durch die Überwachung von Kneipen ergänzt werden.

Es war noch eine Zeit ohne Radio, Fernsehen, Schallplatten oder Kino. Zudem waren die Wohnverhältnisse der Arbeiter*innen sehr beengt. Die Männer flohen aus der häuslichen Enge in die Gaststätten, meist kleine, einfache Keller- und Eckkneipen. Die Kneipendichte war sehr hoch. Die Gastwirte verkauften Bier und Schnaps sowie einfaches Essen, wie zum Beispiel Schmalzstullen. Es wurde gespielt (Karten, Würfel und Billard), oftmals gab es auch ein Klubzimmer, wo Vereine Versammlungen und Feste abhielten. Nach einem langen Arbeitstag fehlte es den Arbeitern oft an Zeit und Geld, um sich zu betrinken. Auf dem Heimweg nach der Arbeit oder nach dem Abendessen gingen sie gewöhnlich für eine Stunde in die Kneipe, tranken ein Bier, vielleicht auch einen Kümmel, und kehrten zurück nach Hause. Ein Wirt, der sich in einem Arbeiterviertel nicht für die Sozialdemokratische Partei

engagierte, wurde von den Arbeitern boykottiert, bis er zur Sozialdemokratie übertrat oder die Gegend verließ.

Ein wichtiges Thema in den Kneipengesprächen war die Arbeit: die Suche nach einer Stelle, die Löhne und die Arbeitsbedingungen, inklusive der gesundheitlichen Gefahren. Gesprochen wurde über die Folgen für die Familie, wenn es – vor allem im Hamburger Hafen – keine Arbeit gab. Den völlig Verarmten boten sich zwei Alternativen, die Armenfürsorge oder die Bettelerei. Beides wurde von den Arbeitern als entehrend empfunden. Sie träumten von einem besseren Leben in Amerika oder von der Revolution.

Ein Ort der männlichen Kultur

Frauen waren im Kneipenleben nicht gern gesehen, so dass sie auch am politischen Leben nicht richtig teilnehmen konnten, unterstützten aber die politische Arbeit ihrer Männer, zum Beispiel durch Geldsammlungen. Häufiges Gesprächsthema in der Kneipe waren auch die Familie und Frauen, was aber in den Hamburger Spitzelberichten selten erwähnt wurde. Nur die Frauenarbeit und die Frauenbewegung interessierte die Spitzel. Ralf Hoffrogge schreibt in seinem Buch »Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914«: »Die Parteikneipe war ein widersprüchlicher Ort. Sie hielt die Bewegung zusammen, schloss jedoch gleichzeitig die Hälfte der Klasse aus.«

Trotz alledem: Die proletarische Kneipe war ein Massenphänomen. Auch vermeintlich unpolitische Arbeiter wurden beim Bier in Debatten einbezogen. Heute ist in proletarischen Eck-Kneipen kaum noch etwas von Protest zu spüren. Die Kneipen als Orte des sozialen Zusammenhaltes, gehen verloren. Dann also: Prost auf den Untergang der Kneipe!

¹ Unbedingt den DEFA-Film »Feuerland« von Mai 1987 anschauen (27 min): <https://bit.ly/3Nne9TZ>

² Hipster ist ein Name für ein Milieu, dessen Angehörige ihrem Szenebewusstsein – in Abgrenzung zur Massenkultur – extravaganter, nicht selten ironisch, Ausdruck verleihen. Meist sind es Jugendliche bis junge Erwachsene der urbanen Mittelschicht.

ANZEIGE

GWR 470
Sommer 2022

**graswurzel
revolution**

Foto: Daniel Korth

Kostenloses Probexemplar
oder Abo:
www.graswurzel.net

insta: @graswurzelrevolution
twitter: @graswurzelrevo1

GENOSSENSCHAFT SELBSTVERWALTETER PROJEKTE, BERLIN

» Wir brauchen ambitionierte Genossenschaften! «

In Berlin wurde die GSP eG gegründet, die Genossenschaft selbstverwalteter Projekte. Sie startet von Beginn an mit zwei Projekten. Als Dachgenossenschaft baut sie in Berlin knapp 200 Wohnungen und saniert in Luckenwalde, südlich von Berlin, ein denkmalgeschütztes Ensemble. Eine Beschränkung auf ein Projekt war so von vornherein strukturell ausgeschlossen. Der Wille, bezahlbaren, ökologisch hergestellten Wohnraum für viele zu schaffen und auszubauen, prägt die neue Genossenschaft.

MARIUS HASENHEIT, BERLIN

Ganze 2.000 Genossenschaften gibt es in Deutschland. Sie geben immerhin etwa fünf Millionen Menschen in Deutschland ein Dach über dem Kopf. Und dennoch: In einer deutschen Großstadt eine Genossenschaftswohnung zu ergattern, ist für viele so etwas wie ein mittlerer Lottogewinn. Langfristig bezahlbare Mieten, Mitbestimmungsrecht und oft auch soziale Angebote wie Sommerfeste oder Kitas gibt es in vielen Regionen nicht in ausreichendem Maße.

Und es geht nicht nur um die Chancen für die Genoss*innen, auch die Städte selbst profitieren von Genossenschaften. Wie in vielen anderen Ländern wären Arm und Reich räumlich ohne sie noch stärker getrennt. Soziologisch betrachtet ist eine solche Parallelgesellschaft abgeschotteter Reicher fatal. Milieu-übergreifender Austausch hält Gesellschaften zusammen und macht materiellen Aufstieg wahrscheinlicher.

Trägheit der Etablierten

Doch viele alte Genossenschaften schufen bezahlbaren Wohnraum in zentralen Lagen. Sie gaben ihren Genoss*innen wie Postbeamten*innen oder Stahlkocher*innen Platz, Sichtbarkeit und Selbstbewusstsein – neben ihren Bossen. Heute liegen sie oft neben luxuriösen Eigentumswohnungen. Bei beliebter Lage haben die bezahlbaren Wohnangebote von Genossenschaften einen für Wohnungssuchende positiven Einfluss auf den regionalen Mietmarkt. Ihre



▲ Genossenschaftlich wohnen: Vision des GSP-Projekts in der Wallensteinstraße in Berlin-Karlshorst

Foto: GSP eG

tendenziell niedrigen Mietpreise senken den Mietspiegel ganzer Viertel ab. Viele Städte und manche Gemeinden ermitteln solche Mietspiegel auf Basis der vorliegenden Mietpreise. Je mehr günstige Mietwohnungen in einer Gegend zu finden sind, desto niedriger der Mietpreisspiegel.

Die Nachfrage ist also riesig. Gleichzeitig sind die Häuser vieler älteren Genossenschaften abbezahlt. Diese ließen sich beleihen, um weiteren Wohnraum zu schaffen. Warum expandieren Genossenschaften denn nicht (noch mehr)?

Viele Genossenschaften mussten sich vielleicht zunächst an die neue Rolle gewöhnen. Gerade in den neuen Bundesländern waren sie aufgrund der Vorkommnisse in der Wendezeit hoch verschuldet. Sie verkauften zum Teil zu Spottpreisen das Tafelsilber – mitunter an Immobilienkonzernen, die heute große Renditen mit dem Beton-

gold einfahren. Bei vielen kleinen, jüngeren Genossenschaften, die oft aus einem Alternativ-Milieu entstanden, setzt nach Fertigstellung des ersten Projektes oft eine Art Müdigkeit ein. Bau oder Sanierung erforderten fast immer mehr Zeit und Geld als zunächst gedacht. Bauen erschöpft. Zudem lässt sich auch die Miete reduzieren, sobald die Kredite getilgt sind. Vielleicht nimmt die Motivation vieler ab, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sobald sie selbst versorgt sind? Ob Erschöpfung oder das Wissen der eigenen Sicherheit – nicht selten setzt die sogenannte genossenschaftliche Selbstgenügsamkeit ein.

Ambitioniertes Genossenschaftshandeln

Die in Berlin gegründete GSP eG, Genossenschaft selbstverwalteter Projekte will diese Selbstgenügsam-

keit vermeiden. Sie startet von Beginn an mit zwei Projekten. Gleichzeitig will eine solche Expansion wohl überlegt sein. Gerade nach Gründung ist die Gefahr groß, sich zu verheben, die eigenen Ressourcen zu überschätzen. Bereits wenige Wochen nach Gründung gab es Anfragen an die GSP von vielen Gruppen, die ein Haus kaufen oder bauen wollten. Unter ihnen wurde sorgfältig ausgewählt. Die GSP konzentriert sich auf Projekte, die einen klaren sozialen Mehrwert bieten und bei der Zielerreichung ökologische Aspekte mitbetrachten.

Die Gruppe des Projektes Werlseestraße verfolgt beide Kernpunkte. Sie sind das dritte GSP-Projekt und werden im nachfolgenden Artikel vorgestellt. Eine Dachgenossenschaft kann solchen Projekten einen rechtlichen Rahmen geben und Skalierungseffekte ausnutzen: Geschäftsberichte, Buchführung, Wohnungsverwaltung

– das Papier wird leichter, je größer die Genossenschaft ist.

Hieß es vor 15 Jahren noch »Deutschland ist fertig gebaut«, fehlen heute geschätzt zwischen 700.000 bis 1,9 Millionen Wohnungen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Entwicklung war absehbar und wurde dennoch verpasst. Mehr und mehr Menschen ziehen in große oder mittelgroße Städte. Viele ziehen es vor, allein zu leben. Die Wohnfläche pro Kopf steigt. Gleichzeitig schrumpfte die Bevölkerung nicht in dem Ausmaß wie prognostiziert. Dringend notwendig sind mehr ambitionierte Genossenschaften, die bauen und sanieren und nicht nur verwalten, die Soziales und Ökologisches zusammenbringen und nicht zuletzt Eigentum vergesellschaften und langfristig gemeinschaftlich wirtschaften wollen.

Link: gsp.coop

WOHNPROJEKT WERLSEESTRASSE, BERLIN

Selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch wohnen

In Berlin-Friedrichshagen entsteht derzeit ein genossenschaftliches Wohnprojekt. Auf einer Erbpachtfläche ist ein ökologischer Neubau geplant, ein fünfstöckiger Holzbau unter anderem mit Dachgarten, Solaranlage und Kiez-Café. Dahinter steckt die GSP eG Genossenschaft selbstverwalteter Projekte. Diese fördert Initiativen, die der ökologischen Zukunftsfähigkeit, sozialen Gerechtigkeit, Inklusion und einer demokratischen Wirtschaft verpflichtet sind.

STEPHAN DITTRICH, BERLIN

Die Genossenschaft GSP eG baut Wohn- und Gewerberaumprojekte und beschäftigt sich mit umweltfreundlicher Mobilität, erneuerbaren Energien und Kreislaufwirtschaft. Sie entwickelt experimentelle, ressourcensparende, inklusive, vielfältige und bezahlbare Projekte, die inhaltlich, personell und wirtschaftlich tragfähig sind. Eine Projektinitiative der GSP eG hat im September 2021 mit einer ambitionierten Projektskizze das Konzeptverfahren des Landes Berlin

vertreten durch die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) für die Werlseestraße in Friedrichshagen gewonnen. In einem Erbpachtvertrag darf die GSP eG nun das ca. 850 m² große Grundstück entwickeln, wobei zunächst die größtenteils leerstehenden Garagen rückzubauen sind.

Mehrgenerationenhaus

In den kommenden Jahren wird bis Ende 2024 ein sozial-ökologisches Mehrgenerationenhaus mit zwölf Wohneinheiten für ca. 30 Personen entstehen. Zur Projektgruppe gehören derzeit 14 Erwachsene und mehrere Kinder. 30 Prozent der Wohnfläche wird als sozialer Wohnraum Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS) zur Verfügung gestellt. Der nicht-geförderte Wohnraum ist bereits komplett vergeben. Das Konzept umfasst ein Hausprojekt in einem fünfgeschossigen Holz-Neubau im Effizienzhaus-Standard EH 40 Plus mit Kiez-Café und Veranstaltungsraum, einer Soli-Wohnung, barrierefreiem Wohnraum, Gemein-

schaftsbüros, Gründächern, einer Abholstation für eine solidarische Landwirtschaft und einem nachhaltigen Mobilitätskonzept.

Ziel ist es, einen solidarisch-demokratischen Gegenentwurf zur Einzelzettelung und rechter Tendenzen am Stadtrand zu erschaffen. Darüber hinaus soll ein emanzipatorischer Ort entstehen, der in die Gesellschaft wirken kann. Die diverse und altersgemischte Zusammensetzung der Projektgruppe, teilweise bestehend aus Friedrichshagener*innen, kennt die Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Stadtteils. Ein Kernpunkt des Konzeptes ist die starke Verankerung im Kiez, unter anderem durch den nicht-kommerziellen, antifaschistischen Veranstaltungsraum. Durch den örtlichen Jugendclub und das gegenüberliegende Seniorenheim sollen Jung und Alt zusammengebracht werden. Auch werden Deutschkurse für Geflüchtete stattfinden oder Umweltbildungswerkshops für Schulklassen aus der Umgebung. Straßenfeste bereichern den Kiez und bringen Menschen aus der Nachbarschaft zusammen.

Aktuell wird an der Bau- und Genehmigungsplanung sowie an der Sicherstellung einer soliden und nachhaltigen Finanzierung, unter anderem durch ökologische Banken, gearbeitet. Dazu gehört auch das Einwerben von Fördermitteln, Direktkrediten und solidarisch gezeichneten Genossenschaftsanteilen zur Sicherstellung des Eigenkapitals. Im vierten Quartal 2022 wird die Finanzierung geschlossen, der Erbpachtvertrag unterschrieben und die Baugenehmigung beantragt worden sein, sodass Anfang 2023 mit dem Bau gestartet werden kann.

Unterstützer*innen gesucht

Die GSP eG sucht für dieses Projekt noch Menschen, die es inhaltlich oder finanziell unterstützen können und wollen. Es können solidarische Genossenschaftsanteile gezeichnet oder Direktkredite vergeben werden.

Weitere Informationen und Kontakt per E-Mail: wertsee@gsp.coopLink: gsp.coop/wsx

ANZEIGE

PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SoZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunktt Themen

- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)
- Nr. 204: Vergessenes Land? (3/2021)
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)
- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)

Einzelheft: ca. 176 S., 15,- [D] / 15,40 [A]

Probheft anfordern!
www.bertz-fischer.de/prokla

BERTZ + FISCHER

KOOPERATIVEN ALS REVOLUTIONÄRE STRATEGIE

Zwischen Selbstausbeutung und Vereinnahmung

Die kapitalistische Marktwirtschaft scheitert tagtäglich an der Grundanforderung an eine jede Wirtschaft: Die effiziente Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Denn auch ein grün angestrichener Kapitalismus stellt letztendlich die Konkurrenz um Profit über menschliche Bedürfnisse – auf Kosten unterdrückter Geschlechter, des Globalen Südens und der Ökosysteme.

PAWEL HANDELMANN, HAMBURG

Während viele Gesellschaften weltweit zum Teil bis heute in selbstorganisierten, demokratischen und kooperativen Wirtschaftskreisläufen einer Bedürfnisbefriedigung sehr nahe kommen, wird seit der Entstehung der europäischen Arbeiter*innenbewegung im 19. Jahrhundert über das kooperative Wirtschaften in Form von Genossenschaften auch auf theoretischer Ebene geträumt und gestritten. Heute sind Genossenschaften weltweit und in vielen Sektoren zu finden. Warum haben sie es bisher trotzdem nicht zu einer sichtbaren gesamtgesellschaftlichen Alternative geschafft?

Sicher ist, dass wir den Kapitalismus nicht einfach durch das Hinzufügen von Kooperativen überwinden werden. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, wie schwer es Kooperativen fällt, sich im Umfeld des globalen Marktes zu behaupten, ohne die eigenen Werte zu verraten. Die Fähigkeit, jede aufkommende Alternative zu assimilieren, ist der Grund, warum der Liberalismus – die Ideologie des Kapitalismus – so mächtig ist. Indem vereinnahmte politische Bewegungen, zum Beispiel die Genossenschaftsbewegung, Hilfe leisten bei der Anpassung des Systems durch notwendige Reformen, wie die Berücksichtigung ökologischer Aspekte oder die Mitbestimmung der Beschäftigten, ohne grundlegende Herrschaftsverhältnisse zu berühren, machen sie den Kapitalismus widerstandsfähiger gegen Kritik und Alternativen.

Eigenen Wirtschaftskreislauf aufbauen

Der Hauptwiderspruch des Versuchs, innerhalb der kapitalistischen Hegemonie eine kooperative Wirtschaft aufzubauen, besteht in dem ungelösten Rätsel, wie wir Kooperativen formen können, die über die Nische hinausreichen und gleichzeitig dem ständigen Druck der Logik der kapitalistischen Märkte standhalten. Rosa Luxemburg argumentierte schon 1899 in »Sozialreform oder Revolution«, dass Genossenschaften im Umfeld der Marktkonkurrenz über kurz oder lang entweder zu Isolation und Selbstausbeutung tendieren, wenn sie an ihren Idealen festhalten,

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarische Herde mit selbständiger indigener Genossen in Oaxaca - Mexiko
Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de



▲ Ein Schild vor dem Büro des Wirtschaftskomitees in Qamişlo (AANES) weist den Weg zur kooperativen Wirtschaft.

Foto: Pawel Handermann

oder sich zu herkömmlichen profitorientierten Unternehmen mausern, wenn sie aus der Nische heraustreten. Später wurde diese Beobachtung als »Oppenheimersches Transformationsgesetz« bekannt. Luxemburg zeigt allerdings die Schaffung eines eigenen Wirtschaftskreislaufes als Möglichkeit auf, sich dem kapitalistischen Marktdruck zu entziehen.

Würde es nicht darauf hinweisen, dass Kooperativen nicht die Wurzel der befreiten Wirtschaft sind, wenn Kooperativen innerhalb des Kapitalismus reibungslos funktionieren würden? Denn die kapitalistische Moderne ist und bleibt nicht das natürliche Habitat der Kooperative. Kooperativen müssen in einer demokratischen Selbstverwaltungsstruktur eingebettet sein, um tatsächlich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft produzieren zu können.

Es liegt auf der Hand, dass die Rolle von Kooperativen je nach den spezifischen sozioökonomischen und politischen Gegebenheiten in verschiedenen Regionen der Welt unterschiedlich sein muss. Daher versuche ich, einen Überblick darüber zu skizzieren, wie verschiedene Strategien in drei verschiedenen Kategorien von Umfeldern aussehen können:

Die erste Kategorie (I) nenne ich »Zentrum der kapitalistischen Moderne«. Hiermit sind die modernen kapitalistischen Nationalstaaten gemeint, in denen das hegemoniale System nicht einmal mehr als historisches System wahrgenommen wird, da es in der Mentalität der Menschen allgegenwärtig ist und als naturgegeben angenommen wird. In diesem feindlichen Umfeld sind die Widersprüche, auf die Kooperativen stoßen, am relevantesten und am schwierigsten zu überwinden. Hier müssen wir uns ehrlich fragen, ob Zeit und Mühe nicht besser in andere Strategien oder andere Regionen des Kampfes investiert werden sollten. Wenn wir uns in diesem ersten Szenario dennoch für den Aufbau von Kooperativen entscheiden, könnte der Schwerpunkt der Kooperativen eher auf Bereiche wie Gesundheit, Pflege, Wohnen oder Kultur und zunächst weniger auf die materielle Warenproduktion gelegt werden. In diesen Bereichen können akute gesellschaftliche Probleme gelöst werden, da dies Bereiche des Mangels innerhalb der Überfluggesellschaft sind.

Eine Perspektive bieten außerdem gemeinschaftsgetragene Konzepte wie die Solidarische Landwirtschaft oder allgemeiner: CSX (community supported everything), wenn sie es schaffen, sich durch eigene Kreisläufe unabhängig von dem Profitzwang des Marktes zu machen. Die Rolle der Kooperative muss in der ersten Kategorie auf einen anderen Schwerpunkt verlagert werden: Kooperativen können zu Orten der Bildung und Organisation werden. Die Kooperative ist eine Möglichkeit, Gemeinschaft zu schaffen und eine Nachbarschaft zusammenzubringen. In der Vereinigung durch ausgeprägten Individualismus ist das Wiedererlernen von gesellschaftlichen Werten von Gemeinschaft und Zugehörigkeit ein hoher Selbstwert für sich und die Basis für gesamtgesellschaftlichen Wandel.

Staatsglauben ins Wanken bringen

Darüber hinaus hat selbst eine kleine Kooperative das Potenzial, den besonders in der BRD scheinbar unerschütterlichen Staatsglauben durch Selbstermächtigung ins Wackeln zu bringen, wenn Genoss*innen merken, was sie gemeinsam auf die Beine stellen können, indem sie auf ein kollektives Ziel hinarbeiten. In gewisser Weise unterscheidet sie dann nicht viel von herkömmlichen sozialen Begegnungsorten. Dennoch ist eine solche Kooperative bei konsequenter Umsetzung immer noch mehr als nur eine Pause von der alltäglichen Hektik im Kapitalismus. Es ist eine kleine materielle Verwirklichung der kooperativen Wirtschaft und der demokratischen Moderne. Möge sie nur dem Zweck dienen, den Drang der Gesellschaft nach einem bedeutungsvollen Leben aus dem Schlaf zu erwecken.

Die zweite Kategorie (II), der »Handlungsspielraum abseits vom Zentrum«, kann für Länder und Regionen gelten, in denen die Mentalität und die wirtschaftliche Unlogik des Kapitalismus nicht jeden Winkel erreicht haben oder in denen der Einfluss des Staates nicht so umfassend ist, wie im Zentrum der kapitalistischen Moderne. In einem solchen Umfeld können Kooperativen tatsächlich die notwendige Luft haben, um ein gewisses Maß an autonomer Wirtschaft zu erreichen, auch wenn sie

beispielsweise nur auf eine bestimmte Region innerhalb eines Nationalstaates mit einer selbstbewussten Gesellschaft beschränkt sind. Dies wird eher in ländlicheren Gebieten fernab der Hauptstädte geschehen. Sobald ein Netzwerk von Kooperativen in einer Nische, zum Beispiel in einem Versorgungsvakuum durch Vernachlässigung der Peripherie durch den Staat, entstanden ist, wird die involvierte Gesellschaft bereit sein, diese neu gewonnene Freiheit vor Angriffen des staatlichen Einflusses oder der internationalen Marktkräfte zu verteidigen. Für dieses zweite Szenario sollte es das Ziel sein, konsequent eine Parallelwirtschaft aufzubauen, die schließlich die hegemonialen Machtverhältnisse herausfordert, indem sie der Region einen gewissen Grad an Unabhängigkeit bringt.

Die dritte Kategorie (III), »die revolutionäre Situation«, beschreibe ich als Fehlen einer nationalstaatlichen Hegemonie beziehungsweise als eine Situation, in der die Macht in Form einer revolutionären Bewegung in der Initiative der Gesellschaft liegt. In diesem Szenario sollte das Ziel klar sein: Materialisierung von Kooperativen als Basis einer befreiten Wirtschaft. Die Revolution in Nord- und Ostsyrien in den letzten zehn Jahren fällt offensichtlich in diese Kategorie. Wichtig zu bedenken ist allerdings, dass es kaum möglich ist, von Null direkt auf Stufe III zu springen.

Den Weg ebnen

Das bedeutet, dass wenn die Gesellschaft nicht die Möglichkeit hatte, praktische oder theoretische Erfahrungen in der Organisation des Lebens und der Wirtschaft auf kooperative Weise zu sammeln, der Aufbau von Kooperativen nicht nur aus idealistischen Erwägungen, sondern auch rein praktisch nicht von oben erzwungen werden kann. Die Mitglieder des Wirtschaftskomitees in Rojava betonen, dass der Umweg über das, was ich als Stufe I und II bezeichne, unerlässlich ist, damit die Gesellschaft eine tiefgreifende alternative Wirtschaft aufbauen kann, ohne alte Muster zu reproduzieren. Das wiederum kann eine positive Aussicht dafür sein, dass Kooperativen innerhalb von Szenario I oder II tatsächlich eine wichtige Rolle dabei spielen können, den Weg zu ebnen, bis sich Szenario III

verwirklicht. Wenn die Phasen der Selbstermächtigung, der Organisation und der praktischen Erfahrungen verpasst wurden oder politisch nicht möglich waren (wie in Nordost-Syrien aufgrund der Unterdrückung durch das Assad-Regime), müssen diese Schritte also durchlaufen werden, obwohl wir uns eigentlich im dritten Szenario befinden.

Zu jeder Zeit können Kooperativen bei Krisenerscheinungen, wie zum Beispiel dem Zusammenbruch von globalen Lieferketten oder Ernteausfällen durch Kriege, Klimazerstörung oder inhärente Krisen der Kapitalakkumulation, eine lösungsorientierte Alternative darstellen. Unabhängig von den jeweiligen Umständen, die wir gut stehen müssen, aber zunächst nur bedingt beeinflussen können, ist es unerlässlich, dass Kooperativen in eine ganzheitliche revolutionäre Strategie eingebettet sind, damit sie die Rolle übernehmen können, uns zu einer ernsthaften Alternative zur kapitalistischen Moderne zu führen.

Wenn wir ernsthaft glauben, dass eine grundlegend andere Art der Organisation des Lebens möglich ist, heißt das, dass wir an die Fähigkeit der Gesellschaft glauben, einen gemeinschaftlichen und kooperativen Weg zur Befriedigung unserer Bedürfnisse wieder zu entdecken. Das stärkste Argument für die Einbindung von Kooperativen in revolutionäre Strategien ist die Tatsache, dass Kooperativen ein grundlegender Teil des alternativen sozioökonomischen Systems sind, auf das wir hinarbeiten wollen. Das bedeutet nicht, dass der Aufbau einer Kooperative immer und überall eine strategisch kluge und revolutionäre Sache ist. Ich habe beschrieben, warum dieser Ansatz vergeblich oder sogar kontraproduktiv sein kann. Gleichzeitig stellte ich auch einige Gedanken vor, warum und unter welchen Umständen wir noch heute in Erwägung ziehen sollten, mit dem Aufbau einer kooperativen Wirtschaft zu beginnen, ganz gleich, wo wir uns befinden.

Pawel Handermann beschäftigt sich seit Jahren mit Theorien und Visionen einer alternativen Wirtschaft. Er hat zuletzt zwei Jahre in der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien (Rojava) verbracht und dort in verschiedenen Bereichen des Wirtschaftskomitees, insbesondere in dem Aufbauprozess von Kooperativen, gearbeitet.



ERNÄHRUNGSRÄTE ALS DISKUSSIONSRÄUME

Ernährungswende Selbermachen!

Ein Drittel der klimaschädlichen Gase sind auf die heutige Art der Ernährung zurückzuführen. Gleichzeitig hungern bis zu 811 Millionen Menschen derzeit auf der Erde, selbst im wohlhabenden Deutschland sind über 1,5 Millionen Menschen auf die Tafeln angewiesen. Nur 15 Prozent der Lebensmittel, mit denen sich die 3,7 Millionen Einwohner*innen der Hauptstadt Berlin ernähren, kommen aus dem direkten Umland Brandenburg. Im Krisenfall würden die Berliner Lebensmittelvorräte nur drei Tage reichen.

CHRISTINE POHL, ERNÄHRUNGSRAT BERLIN

Klar ist: Unser Ernährungssystem ist weder nachhaltig noch gerecht. Wir brauchen eine klima- und sozialgerechte Ernährungswende – und wir brauchen Räume, in denen die Ausgestaltung dieser Ernährungswende diskutiert werden kann.

Ernährungsräte sind solche Diskussionsräume. »Ernährungsrat« – das hört sich zwar offiziell an, ist aber zumindest im deutschsprachigen Raum eher das Gegenteil. Hier sind Ernährungsräte vorrangig basisdemokratische Bewegungen, die zivilgesellschaftliche Akteure zusammenbringen und versuchen, die regionale Ernährungspolitik von unten zu verändern. Damit stehen sie im Gegensatz zu vielen internationalen Vorbildern im angelsächsischen Raum: Dort existieren »Food Policy Councils« vielerorts schon seit Jahrzehnten und sind oft offiziell eingesetzte Gremien der Stadtverwaltung.

Das heißt aber nicht, dass die deutschsprachigen Ernährungsräte nicht in Kontakt mit den Entscheidungsstrukturen der kommunalen Politik stehen. Der »Ernährungsrat Berlin für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik in der Region« hat sich 2016 offiziell gegründet und mischt sich seitdem in den ernährungspolitischen Diskurs der Stadt ein. Unser Ziel ist es, zivilgesellschaftliche Positionen und Forderungen für ein sozial- und klimagerechtes Ernährungssystem zu entwickeln, öffentlich zu vertreten und ihnen zu politischer Geltung zu verhelfen. Anders gesagt: Wir üben

Ein soziokratisches Experiment

Wie müssen wir uns organisieren, um unsere Rolle als unabhängige Interessensvertretung ernährungspolitisch engagierter Bürger*innen der Stadt auszufüllen? Es gibt keine abschließende Antwort auf diese Frage, denn jede Region ist anders. Der Berliner Ernährungsrat hat sich 2016 zunächst als offene Bewegung gegründet, mit regelmäßigen Vollversammlungen, einem öffentlich gewählten Sprecher*innenkreis und Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen. Eine rechtliche Organisationsform hatten wir uns zunächst nicht gegeben – allerdings schnell gemerkt, dass wir eine solche brauchen, um zum Beispiel Fördermittelanträge stellen zu können. Also wurde ein gemeinnütziger Verein als Trägerkonstrukt gegründet.

2021, fünf Jahre nach unserer offiziellen Gründung, haben wir unsere Organisationsstrukturen neu betrachtet. Es hatte sich gezeigt, dass zu viele Aufgaben und zu viel Entscheidungsverantwortung beim Sprecher*innenkreis landeten, während die Basis nicht immer gut mitgenommen wurde. Wir haben deshalb Möglichkeiten gesucht, wie Ehrenamtliche gut eingebunden werden können, gewählte Sprecher*innen intensiv mit der Basis vernetzt bleiben und ein transparenter Austausch zwischen allen Akteur*innen gewährleistet ist. Entstanden ist eine Kreisstruktur mit einem Kern (Kreisitzung Ernährungsrat) als Denk-, Diskussions- und Entscheidungsraum, einem Strategiekreis mit Sprecher*innen sowie verschiedenen Arbeitskreisen.

Unsere Arbeitsweise ist soziokratisch und wir treffen Entscheidungen im Konsent – das ist wichtig, denn im Ernährungsrat können die Meinungen über die Auslegung und Wege zu mehr Ernährungsdemokratie der einzelnen Akteure auseinanderdriften. Damit die Umsetzung von zielführenden Projekten nicht durch ideologisch-dogmatische Diskussionen gelähmt wird, braucht es Entscheidungsmethoden, die den Fokus nicht auf Einzelpräferenzen, sondern auf das vorher gemeinsam festgelegte Ziel legen.

Aktuell sind wir dabei, unsere neuen Strukturen mit Leben zu füllen!



▲ Bei einem Workshop zu den Lebensmittelpunkten

Foto: Rolf Schulten

Druck auf die Berliner Politik aus, damit das Thema Ernährung als wichtige Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verankert wird.

Das zivilgesellschaftliche Engagement für die Ernährungswende lohnt sich: In Berlin hat der Ernährungsrat maßgeblich dazu beigetragen, dass das Thema Ernährung 2016 überhaupt auf der politischen Agenda gelandet ist. Wir haben die Entwicklung einer Ernährungsstrategie mit angestoßen und inhaltliche Forderungen dafür erarbeitet. Wir treffen uns regelmäßig mit den für das Thema zuständigen Staatssekretären und der Fachabteilung, ebenso mit anderen Senatsverwaltungen sowie mit verschiedenen Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses.

Eine rein zivilgesellschaftliche Initiative zu sein, hat einen großen Vorteil: Wir können frei unsere Positionen entwickeln. Wir fordern eine umfassende und radikale Ernährungswende, weil die Herausforderungen unserer Zeit eine solche Wende dringend nötig machen. Unsere Positionen werden nicht durch die aktuelle politische Vorherrschaft weichgespült und bei sich ändernden politischen Machtverhältnissen können wir auch nicht einfach abgeschafft werden.

Gleichzeitig hat sich an der Ernährungsstrategieentwicklung auch ein großer Nachteil zivilgesellschaftlicher Initiativen gezeigt: Forderungen bleiben Forderungen – die Politik muss nicht auf uns hören. Wir sitzen nicht mit am Tisch, wenn Gesetze und Strategien beschlossen werden, sondern wir sind »nur« ein Sprachrohr für zivilgesellschaftliche Positionen. Wie das in Berlin bei der »Ernährungsstrategie« abgelaufen ist, haben wir immer wieder kritisiert, denn der Prozess war intransparent und bot wenig echte Mitsprachemöglichkeiten für die Stadtgesellschaft. Im Ergebnis ist ein Aktionsplan entstanden, der zwar gute Ansätze birgt, aber weder Ziel, Zeitplan noch Finanzierung enthält.

Eine Zukunftsvision für alle

Ein weiterer Nachteil: Will man aktiv etwas entwickeln und dabei auch Ehrenamtliche immer wieder einbinden, benötigt man Geld und Personal. Wie bei vielen ehrenamtlichen Organisationen hapert es genau daran. Zwar hat Berlin so wie auch Frankfurt am Main und Köln den 2015 aufgesetzten Mailänder Pakt für urbane Ernährungspolitik unterschrieben, in dem Ernährungsräte ausdrücklich empfohlen werden. Man sollte also meinen, Ernährungsräte müssten institutionelle Förderung erhalten, damit sie arbeitsfähig sind. Leider ist das nicht in jeder Stadt der Fall: In Berlin z.B. handelt sich der Ernährungsrat von Förderprojekt zu Förderprojekt und hat oft mehr mit der bürokratischen

Antragstellung zu tun als mit der Bündelung zivilgesellschaftlicher Positionen.

Eine weitere große Herausforderung für eine erfolgreiche Ernährungswende: Wir brauchen die Ernährungswende nicht nur für diejenigen, die schon heute im Bioladen oder auf dem Ökomarkt einkaufen – sondern für die ganze bunte Stadtgesellschaft und das umliegende Land. Nur, wenn die gesamte Bevölkerung Teil der Ernährungswende ist, kann diese sozial gerecht sein; und nur wenn alle mitmachen, können wir Klimagerechtigkeit erreichen.

Um die Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten aller am Ernährungssystem zu verbessern, drehen wir an mehreren Stellschrauben: Mit unserer Projektreihe »Alle an einen Tisch« bringen wir Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte zusammen. Beim gemeinsamen Kochen und Essen wird über das regionale Ernährungssystem gesprochen. So versuchen wir, Perspektiven und Wünsche migrantischer Gemeinschaften einzubinden.

Damit gute Lebensmittel in allen Kiezen zugänglich sind, unterstützen wir die Gründung von Lebensmittelpunkten (LMP): Offene Orte, an denen regionale, hochwertige und fair gehandelte Nahrungsmittel vermarktet, gelagert, verarbeitet und gemeinsam gegessen werden. Lebensmittelpunkte bringen Menschen die bunte Vielfalt an Ressourcen in ihrer Umgebung näher, sind aber auch Treffpunkte für die Menschen im Kiez, um gemeinsam zu kochen, zu essen, voneinander zu lernen und sich auszutauschen.

Ein Ernährungs-Campus als zentraler Transformationsort

Außerdem arbeiten wir an einem Ernährungs-Campus als zentralem Ort für die sozial-ökologische Ernährungswende für Berlin-Brandenburg und darüber hinaus. Denn Berlin-Brandenburg steckt voller gelebter Lösungen – das zeigt auch unser Buch »Berlin ist anders«, das wir als Open Source veröffentlicht haben (siehe Rezension auf Seite 15). In Berlin-Brandenburg gibt es Initiativen, Organisationen und hochkarätige Wissenschaft zu allen Aspekten des Ernährungssystems. Nötig ist ein Zusammenwirken von Stadt-, Land- und Zivilgesellschaft, Forschung, Praxis und Bildung. Dafür braucht es einen gemeinwohlorientierten, öffentlich finanzierten Transformationsort: den Ernährungs-Campus.

Der Ernährungs-Campus wäre auch ein Ort, an dem ein bundesweit geloster Bürger*innenrat zusammenkommen könnte, um unter professioneller Begleitung Lösungen für die Ernährungswende zu erarbeiten. Der Bürgerrat Klima hat 2021 in zwölf Sitzungen Empfehlungen für die

zukünftige Klimapolitik der Bundesregierung erarbeitet – warum also nicht auch ein Bürgerrat Ernährungspolitik?

Mehr Druck von unten

Ernährungsräte sind die Räume, in denen zivilgesellschaftlicher Druck für die klima- und sozial gerechte Ernährungswende aufgebaut wird. Dieser Druck ist ein wichtiges Element der politischen Entscheidungsfindung. Immer wieder hören wir, dass unsere Forderungen notwendig sind, damit progressive politische Kräfte vorankommen können. Wir können nicht verhindern, dass unsere Positionen in Schubladen landen – aber wir können hartnäckig und unbequem sein, unsere Forderungen immer weiterentwickeln und konkrete Maßnahmenvorschläge mit Hand und Fuß machen. Die Zeit ist reif, die Städte gemeinsam mit den Menschen zu planen und nicht nur von oben nach unten – diese Erkenntnis kommt auch bei politischen Entscheidungsträger*innen immer mehr an!

Link: ernaehrungsrat-berlin.de

Es gibt zwei Leitfäden, die bei der Gründung von Ernährungsräten helfen:

Inkota-Netzwerk (aktualisierte Fassung 2021): Unser Essen mitgestalten! Ein Handbuch zum Ernährungsrat. Zum kostenlosen Download: <https://cutt.ly/eGHLtND>

Institut für Weiterbildung (2019): Ernährungswende JETZT! - Ein Beratungsmodul für Ernährungsräte. Zum kostenlosen Download: <https://cutt.ly/CGHLddc>

ANZEIGE



SCHWERPUNKT ERNÄHRUNGSRÄTE



ERNÄHRUNGSRÄTE - ERFOLGSPROJEKT MIT GROSSER WACHSTUMSDYNAMIK

Die Pioniere aus Köln

In Köln gründete sich 2016 aus einem Zusammenschluss von Graswurzel-Initiativen der erste Ernährungsrat in Deutschland. Mittlerweile kümmern sich sieben Hauptamtliche um Organisation, Kommunikation, Finanzierung und Vernetzung. Mit dem Geschäftsführer Florian Sander sprach CONTRASTE-Redakteurin Brigitte Kratzwald.

CONTRASTE: Florian, kannst du erzählen wie und warum damals alles begann?

Florian Sander: Ich denke, die Gründe für die Bildung von Ernährungsräten sind überall ähnlich. In Großstädten entstehen manche Dynamiken eben ein bisschen früher als in Kleinstädten oder im ländlichen Raum. Es haben sich auch in Köln immer mehr Bürger*innen gefragt, was passiert denn eigentlich in der Stadt zum Thema Ernährungspolitik, gibt es da überhaupt ein Konzept dafür und wer ist zuständig? Es hat sich herausgestellt, in der Politik kam das gar nicht vor, aber es gab schon sehr viele Initiativen, die sich aufgemacht hatten um unser Ernährungssystem zukunftsfähig zu gestalten. Da war etwa der Verein Foodsharing, es gab auch einen Verband von Unverpacktläden, den Menschen in Köln ins Leben gerufen hatten. Es waren Graswurzel-Organisationen, die die Ernährungspolitik in die Hand nehmen und kommunal mitgestalten wollten. Wir wollen nicht, dass das nur in Brüssel geregelt wird, was bei uns im Supermarkt oder auf dem Teller landet.

Ein wichtiger Impuls kam von zwei Filmen von Valentin Thurn, einem Dokumentarfilmer aus Köln. Der erste war »Taste the Waste – die globale Lebensmittelverschwendung«, was nach der Vorführung zur Gründung von Foodsharing führte. Der zweite Film heißt »10 Milliarden – wie werden wir alle satt«. Dieser Film zeigt positive Möglichkeiten auf, wie man es anders machen kann. Daraus sind Gesprächsrunden entstanden, die dann 2014 in dem Verein »Taste of Heimat« gebündelt wurden. Der Verein hat in den ersten beiden Jahren einige Projekte initiiert und begleitet und der Prozess führte zu dem Entschluss, lasst uns einen Ernährungsrat gründen! Dieser entstand dann 2016.

Das Ziel von Ernährungsräten ist ja, auf Politik und Verwaltung einzuwirken. Wie ist euer Verhältnis zu diesen Institutionen? Sind sie auch im Ernährungsrat vertreten?

Wir haben ziemlich lange darüber nachgedacht, was ist eigentlich »der Ernährungsrat«? In den ersten drei Jahren gab es einen ziemlich exklusiven Rat. Der hatte 30 Mitglieder aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die Mitglieder hat der Verein bestimmt, weil wer sollte sie denn wählen? Das hat sich eigenartig angefühlt und wir haben manchmal gedacht, was machen wir denn da eigentlich? Die Arbeit passiert ja in den in Arbeitskreisen und geförderten Projekten und meist ist das ehrenamtliche Arbeit. Wir kamen dann zu dem Schluss, diese Menschen, die in ehrenamtlicher Arbeit, in unterschiedlichen Funktionen, tätig sind, die alle müssen der Ernährungsrat sein.

Jetzt ist die Struktur so, dass der Verein als Rechtsträger Ansprechpartner ist für Finanzamt oder Drittmittelgeber. Den Ernährungsrat bilden alle Menschen, die in den Arbeitskreisen oder



▲ Die Vollversammlung 2021 des Kölner Ernährungsrates

Foto: Ernährungsrat Köln

Ausschüssen aktiv sind. Die kommen zweimal im Jahr zu einer Vollversammlung zusammen, da treffen sich dann 70 bis 100 Menschen. In den letzten Jahren war das wegen Corona schwierig, wir haben es nur einmal im Sommer geschafft. Zusätzlich gibt es noch einen Beirat, wo wir alle Kompetenzen aus Politik, Verwaltung, Produzent*innen, Vermarkter*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammenführen.

Was passiert auf diesen Vollversammlungen? Werden dort auch Entscheidungen getroffen?

In den Vollversammlungen geht es eher um Austausch, um gegenseitige Information was passiert in den einzelnen Ausschüssen. Da liegt das Interesse auf Inhaltlichem. Es gibt auch kaum Entscheidungen, die auf dieser Ebene getroffen werden müssten. Das geschieht in den Ausschüssen und im Vereinsvorstand.

Du hast jetzt schon einige Male die »Hauptamtlichen« erwähnt. Wie viele davon gibt es, wie finanziert ihr sie?

Im Moment sind wir sieben. Die Finanzierung erfolgt klassisch über Projektanträge, derzeit haben wir drei laufende geförderte Projekte, voraussichtlich sehr bald das vierte. Außerdem haben wir eine Kernfinanzierung von der Stadt Köln für meine Stelle und das Büro. Ich bin jetzt seit vier Jahren dabei mit einer 80 Prozent Stelle.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Stadt und Verwaltung?

Das ist ein wenig zwiespältig. Einerseits haben wir ein super Verhältnis zu Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, zur entsprechenden Amtsleitung. Unser Vorstand hat sich von Anfang an darum bemüht, es war klar, wenn wir die nicht mitnehmen, dann können wir uns viel ausdenken, aber es wird nichts passieren. Die Oberbürgermeisterin ist Mitglied im Beirat, natürlich kommt sie nicht selbst zu den Treffen, sondern jemand vom zuständigen Amt für Umwelt und Verbraucherschutz. Wir arbeiten da auf Augenhöhe zusammen und sind relativ frei von Einflussnahme. Aber wir sind natürlich bei der Umsetzung für manche Dinge abhängig von der Verwaltung und da braucht es in einer Millionenstadt oft einen langen Atem und viel Geduld und viel Diplomatie. Wir erleben immer wieder, wie sich Dinge im Räderwerk der Paragraphen zermürben, wie Prozesse verlangsamt werden. Es zeigt sich einfach die unterschiedliche Arbeitsdynamik zwischen dem öffentlichen Apparat und einer Organisation wie wir es sind.

Die inhaltliche Arbeit ist in vier Ausschüsse gegliedert. Kannst du noch etwas dazu sagen?

Wir haben Ausschüsse zu vier Themen, nämlich die »Essbare Stadt / Urbane Landwirtschaft« (siehe Beitrag auf Seite 11), »Regionalvermarktung«, »Ernährungsbildung und Gemeinschaftsverpflegung« und »Gastronomie«, wobei dieser Ausschuss wegen Corona die letzten beiden Jahre nicht aktiv war. Natürlich sind die Themen auch miteinander verzahnt, daher ist auch der regelmäßige Austausch wichtig, der einerseits von uns Hauptamtlichen passiert und eben bei den Vollversammlungen.

Die Menschen in den Ausschüssen arbeiten alle ehrenamtlich. Konkret läuft es bei uns so, dass die Ausschüsse sich etwa alle zwei Monate treffen, da kommen dann so 10 bis 30 Menschen, da werden Aktionen ausgearbeitet, aber die Arbeitskraft ist natürlich begrenzt. Wenn die merken, da ist ein Thema, das würden wir gerne intensiver verfolgen, schaffen das aber nicht, dann haben wir im Büro hier das Potenzial einen Förderantrag zu schreiben.

Welche Projekte sind das zum Beispiel?

Im Moment ist es so, dass von jedem der Ausschüsse auch ein Förderprojekt läuft. Von der Essbaren Stadt ist es das »Essbare Wohnumfeld«, denn wir haben gemerkt, das was richtig gut funktioniert ist oft gar nicht das, was eigentlich intendiert war. Ganz wichtig war zum Beispiel die Förderung des sozialen Zusammenhaltes in der Nachbarschaft. Vor allem in benachteiligten Stadtteilen konnten wir da die Struktur der Quartiersmanagements nutzen, um mit dem Thema des Gärtnerns Menschen zusammen zu bringen und Bewusstsein zu schaffen für Lebensmittel und ihre Bewertung.

Einbezogen wurden dabei auch Unternehmen oder die Wohnbaugesellschaften. Das Projekt im Ausschuss für Ernährungsbildung ist »Stern-Kita«, das die Steigerung der regionalen Nahrungsmittelversorgung und Ernährungsbildung in Kitas zum Ziel hat.

Dann haben wir ein Projekt, wo wir gerade auf die Zusage für eine zweite Phase warten, weil die erste sehr erfolgreich war, das heißt »Set-up Foodstrips«. Da geht es um den Strukturwandel im rheinischen Kohlerevier.

Das ist ja ein häufiges Thema in der CONTRASTE, wenn wir über »Hambi bleibt« oder »Ende Gelände« berichten. Da ist es interessant zu hören, was danach dort geschieht. Kannst du darüber mehr erzählen?

Nordwestlich von Köln liegt der Hambacher Forst und noch ein wenig weiter der Tagebau Garzeiler. Da erfolgt ja nun ein Strukturwandel, der finanziell gefördert wird. Als es damals vor drei Jahren losging mit den Förderprogrammen, ging es immer nur um Arbeitsplätze und Industriensiedlung, aber das, was die Landschaft gestaltet, die Landwirtschaft, wurde seitens der maßgeblichen Akteure dort gar nicht mitgedacht. Dabei ist diese Region seit Jahrhunderten landwirtschaftlich genutzt, nur hat sich diese Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten gewandelt hin zu einer Reduktion und gleichzeitig Vergrößerung der Betriebe mit Monokulturen. Hier gilt es auch einen Strukturwandel in der Landwirtschaft anzustoßen, hin zu zukunftsfähigen Methoden.

In vielen Dialogen, mit anderen Initiativen zusammen, haben wir dafür gesorgt, dass in diesem Wirtschafts- und Strukturförderprogramm zukunftsfähige Landwirtschaft ganz konkret mitgedacht wird. Und in einem ersten Projekt haben wir eben die Idee des »Food Strip« entwickelt. Der beginnt in Köln in der Venloer Straße Richtung Nordwesten und geht bis ins rheinische Revier. Entlang dieser Linie haben wir Produktionsstandorte, Weiterverarbeitung und Händler besucht und auf einer Karte dargestellt. Wir haben ein wenig Kampagnenarbeit gemacht, um zu zeigen, was hier vor Ort schon vorhanden ist. Wir sind uns da mit vielen Akteuren einig: wir müssen lokale Wertschöpfung und Wertschätzung wieder herstellen. Bereits heute ist alles da, dass man eine Millionenstadt entlang dieses Streifens versorgen könnte. Wir hoffen jetzt, dass die nächste Projektphase bewilligt wird.

Wie siehst du die Entwicklung der Ernährungsräte?

Ich finde das schon sehr bemerkenswert, welche Dynamik sich da entwickelt hat. Inzwischen gibt es 69 Initiativen für Ernährungsräte in Deutschland, das hätte sich damals niemand gedacht. In NRW gibt es allein 16 und wir haben nun vor den Wahlen ein gemeinsames Forderungspaket an die zukünftige Landesregierung verfasst. Da gibt es noch viel Potenzial!

Dann wünsche ich viel Erfolg und sage Danke für das Interview.

Links:
ernaehrungsrat-koeln.de
foodstrip.eu
stern-kita.koeln

ANZEIGE

**Kritisch.
Solidarisch.
Unabhängig.**

Probeabo
3 Ausgaben für 10 €

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

www.lateinamerika-nachrichten.de



BEWUSSTSEINSBILDUNG UND STÄRKUNG VON NACHBARSCHAFTEN

Köln wird essbar – machst du mit?

Die »Essbare Stadt« oder auch »Urbane Landwirtschaft« ist einer der vier Ausschüsse des Kölner Ernährungsrates (siehe Artikel Seite 10). Brigitte Kratzwald sprach für CONTRASTE mit Mildred Utku, der Sprecherin des Ausschusses Essbare Stadt.

CONTRASTE: Mildred, seit wann bist du im Ernährungsrat und was ist deine Rolle?

Mildred Utku: Ich bin kurz nach der Gründung dazugestoßen, bei einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Titel »Köln isst gut«. Ich hab mich dann erkundigt, was die so machen und bin relativ schnell zur Essbaren Stadt gekommen und bin dort jetzt Sprecherin des Ausschusses. Mit einer Kollegin gemeinsam leite und organisiere ich diesen Ausschuss.

Was genau bedeutet »Essbare Stadt«?

Wir haben das so definiert: es geht um den Anbau von Nutzpflanzen für Mensch und Tier. Überall kann man ja nicht Essen für Menschen anpflanzen, auf Verkehrsinseln auf den Straßen zum Beispiel, das soll dann für die Insekten und Vögel sein. Außerdem ist für uns wichtig, dass es immer partizipativ ist, von den Menschen in der Stadt für die Menschen in der Stadt. Es hat also immer auch eine soziale Komponente, es geht um Nachbarschaft, um Integration, wie zum Beispiel im Gemeinschaftsgarten. Ein großer Anteil ist auch Umwelt- und Ernährungsbildung, da kommen Schulgärten mit ins Spiel oder Firmengärten. Es geht also einerseits darum, Bewusstsein zu schaffen in der Stadt, aber auch um dieses Gemeinschaftliche und Integration von allen Mitbürger*innen.

Wie hat sich das entwickelt mit den Jahren, die du jetzt dabei bist?

Als ich angefangen habe gab es schon den politischen Entschluss, dass die Stadt Köln »essbar« werden soll. Die Stadtverwaltung ist beauftragt worden, gemeinsam mit uns einen Aktionsplan für die Essbare Stadt Köln zu entwickeln. Unser Anspruch war, das so partizipativ wie möglich zu machen. Wir haben öffentliche Veranstaltungen und Arbeitsgruppen organisiert und neue Initiativen haben sich gegründet. Es war aber auch viel Schreibearbeit, um zu definieren, was braucht die Essbare Stadt, wer sind die Akteur*innen und so weiter. Aus unserem Aktionsplan hat die



▲ Pflanzaktion am Ebertplatz in Köln

Foto: Ernährungsrat Köln

Verwaltung dann – immer wieder im Austausch mit uns – die Beschlussvorlage formuliert und 2020 ist diese dann vom Stadtrat beschlossen worden.

Wie ist es dann weitergegangen?

Wir haben es erwirkt, dass wir Geld von der Stadt Köln bekommen und dass wir eine Mitarbeiterin finanziert bekommen, die bei uns im Ernährungsrat sitzt. In den Ausschüssen läuft alles ehrenamtlich, die angestellte Person hat mehr Zeit und Ressourcen und das ist sehr hilfreich für uns. Außerdem gibt es eine Stelle in der Stadt im Grünflächenamt, die so ein bisschen unser Bindeglied sein soll. Wir begleiten ja auch Initiativen, wenn sie ein Projekt starten wollen und unterstützen sie bei dem bürokratischen Ablauf, was muss ich tun, mit welchem Amt muss ich Kontakt aufnehmen, wie bekomme ich die ersten Hilfsmittel. Wir haben inzwischen ein großes Netzwerk, man unterstützt sich gegenseitig, mit Knowhow, Pflanzen und so weiter. Wir haben wirklich viel geschafft in diesen sechs Jahren.

Wie funktioniert die Kooperation mit der und Politik und Verwaltung?

Das hat sich entwickelt und hat schon einige Zeit und Überzeugungsarbeit gebraucht. Wir waren ja für die erst mal so eine Art Hippies, wir mussten das zurecht rücken, ihnen klar machen, wir meinen das ernst, das hat alles Sinn und Verstand. Das haben wir auf jeden Fall erreicht und auch Fürsprecher*innen in Politik und Verwaltung gefunden. Es ist in erster Linie das Umweltamt und das Grünflächenamt die da unsere Ansprechpartner sind und uns feste Strukturen ermöglichen.

Wir sind aber nicht nur von der Stadt abhängig, sondern auch breiter aufgestellt, weil wir auch Projektförderung von anderen Stellen bekommen. Aktuell haben wir das »Essbare Wohnumfeld« für zwei Jahre finanziert, wo es darum geht Sozialräume zu bespielen, Gemeinschaftsgärten aufzubauen.

Kannst du noch einige Beispiele nennen, wo die Essbare Stadt besonders sichtbar wird?

Wir hatten gerade gestern eine kleine Klausur, wie wir das Thema noch bekannter machen. Wenn du in der Blase bist, bekommst du mit, wie viele Leute aktiv sind, was alles passiert, von außen ist das nicht so sichtbar. Natürlich, Urban Gardening, das ist bekannt und das ist

auch ein wichtiger Bestandteil. Der Neulandgarten zum Beispiel, auf einer Brachfläche in der Südstadt, der ist schon lange dabei, die machen viele Workshops, Bildungsarbeit mit Schulen und Kindergärten.

Schwierig ist das Gärtnern im öffentlichen Raum, aber auch da finden wir immer mehr Möglichkeiten, wo es doch geht, aktuell werden gerade mitten in der Stadt auf dem Sachsenring fünf Beete angelegt. Wir haben jetzt auch angefangen Schilder an alle Initiativen zu verteilen, da besser sichtbar wird, wer da aller mitmacht.

Was sind die nächsten Pläne?

Wir arbeiten gerade gemeinsam mit dem Umweltamt und Grünflächenamt an einem Aktionsplan für Schulgärten. Da gibt es demnächst einen Experten-Workshop um auszuloten, wie es gehen kann, dass jede Schule einen Schulgarten haben kann, wenn sie das möchte oder zumindest Zugang zu einem Garten.

Dann wünsche ich viel Erfolg und danke für das Interview.

Link: essbare-stadt.koeln

EINSATZ ZUR STÄRKUNG EINES ALPIN-MEDITERRANEN LEBENSMITTELSYSTEMS

Der Südtiroler Ernährungsrat

Der Südtiroler Ernährungsrat (STER) wurde im Oktober 2017 als Ergebnis eines früheren öffentlich finanzierten zivilgesellschaftlichen Projekts zur Stärkung des lokalen Lebensmittelsystems gegründet. Derzeit ist der STER auf Landesebene tätig und deckt das gesamte Gebiet Südtirols ab. Dies liegt primär daran, dass die Bevölkerung der Provinz nur etwa einem Drittel der Bevölkerung der Stadt München entspricht.

SILKE RAFFEINER UND CHRISTIAN FISCHER,
ERNÄHRUNGSRAT SÜDTIROL

Südtirol ist eine autonome Provinz Italiens an der Grenze zu Österreich mit einer Bevölkerung von etwa 535.000 Menschen. Rund 60 Prozent von ihnen sprechen Deutsch als Muttersprache, 25 Prozent Italienisch, fünf Prozent Ladinisch und zehn Prozent andere Sprachen. Die beiden größten Städte sind Bozen mit rund 110.000 Einwohner*innen und Meran mit rund 41.000 Einwohner*innen. Die lokale Landwirtschaft wird von Apfelplantagen dominiert, in denen etwa zehn Prozent aller in Europa konsumierten Äpfel angebaut werden. Milch und Wein sind die beiden anderen wichtigen Produktionszweige. Zudem existiert eine kleine, aber wachsende Produktion von Nischenkulturen wie zum Beispiel Oliven für die Ölpresse.

Der STER besteht derzeit aus neun individuellen Mitgliedern mit beruflichem Hintergrund in den Bereichen Bildung, Forschung, Landwirtschaft, Genossenschaften, Ernährungsberatung

und gemeinnütziger Organisation. Gegenwärtig arbeitet der STER als Arbeitsgruppe ohne formale Organisationsstruktur und Budget. Aus seinen Mitgliedern wählt er jährlich eine Sprecherin und einen Sprecher, die den Rat in der Öffentlichkeit vertreten. Die Ratsmitglieder treffen sich derzeit alle vier bis sechs Wochen an der Freien Universität Bozen, um ihre Aktivitäten zu organisieren.

Die Aktivitäten des STER

Die Hauptaufgaben des STER sind:

1. die Durchführung von öffentlichen Bildungs- und Informationskampagnen zu Lebensmittel- und Ernährungsthemen
2. die Koordinierung von Aktivitäten und Initiativen lokaler Organisationen und Institutionen im Bereich Lebensmittel und Ernährung
3. Teilnahme am politischen Dialog mit den Landesorganen der Legislative und Exekutive, wobei sich der STER als Sprachrohr der lokalen Zivilgesellschaft in Bezug auf Lebensmittel- und Ernährungsfragen versteht.

Zu den derzeitigen Hauptaktivitäten des STER gehören:

1. Verleihung des jährlichen Südtiroler Ernährungspreises anlässlich des Welternährungstages der Vereinten Nationen (16. Oktober): Damit wird der herausragende Beitrag einer Einzelperson, einer Organisation oder einer Initiative zur Verbesserung der lokalen

Lebensmittel- und Ernährungssituation öffentlich gewürdigt und hervorgehoben.

2. Mithilfe bei der Organisation von Veranstaltungen im Bereich Gemeinschaftsverpflegung
3. Erstellung von Aufklärungs- und Informationsmaterialien, wie zum Beispiel eine Rezeptbroschüre für Hülsenfruchtgerichte, einen »Südtiroler Obst und Gemüse Almanach« oder ein für 2023 geplantes »Handbuch für die nachhaltige alpine Ernährung«.

Herausforderungen

Die größten Herausforderungen für den STER sind das Erreichen von ausreichender sozialer und politischer Akzeptanz und Relevanz im System der lokalen Politikgestaltung. Als nicht öffentlich gewähltes oder ernanntes Organ der Zivilgesellschaft muss der Rat seinen Platz im öffentlichen institutionellen Spektrum auf der Grundlage von nachgewiesener Kompetenz, verdientem Vertrauen und erzielten Arbeitsergebnissen finden. Wie bei anderen ehrenamtlichen Initiativen und sozialen Bewegungen hängt die Aufrechterhaltung der Dynamik der STER-Aktivitäten in hohem Maße von den Beiträgen, der Energie und dem zeitlichen Engagement der einzelnen Mitglieder ab. Die Notwendigkeit, das regionale Lebensmittelsystem zu verbessern, ist groß. Der STER versucht, hierfür einen Beitrag zu leisten.

Link: ernaehrungsrat-suedtirol.net

Die zehn Werte des Südtiroler Ernährungsrats

- Gemeinschaft = Essenszubereitung und -verzehr in Gruppen zur Stärkung des sozialen Austauschs und Zusammenhalts
- Genuss = Essensverzehr der Freude wegen; sich Zeit für das Essen nehmen
- Gerechtigkeit = Faire Entlohnung und Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelkette weltweit
- Gesundheit = Essensverzehr und Lebensweisen, welche das körperliche und/oder geistige Wohlbefinden stärken
- Mitbestimmung = Möglichkeit aller Beteiligten in der Lebensmittelkette bei Entscheidungen mitzuwirken.
- Nachhaltigkeit = Lebensmittelanbau und -verzehr zukunftsfähig gestalten
- Transparenz = Nachverfolgbarkeit der Herkunftsorte von Lebensmitteln oder ihrer Inhaltsstoffe
- Umweltschutz = Lebensmittelanbau und -transport sollen natürliche Ressourcen so wenig wie möglich beanspruchen und deren langfristige Verfügbarkeit nicht gefährden
- Verantwortung = Rücksichtsvoller und zukunftsorientierter Umgang mit natürlichen und sozialen Ressourcen.
- Vielfalt = Förderung der landwirtschaftlichen Biodiversität zum Schutz von Böden und Umwelt, der Artenvariationen und der menschlichen Gesundheit

Mitglieder: Neben den Ko-Sprecher*innen Silke Raffener und Christian Fischer: Ulrike Laimer, Gudrun Ladurner, Veronika Seiwald, Thomas Benedikter, Juliane Laimer, Julia Stofner, Heini Grandi

SCHWERPUNKT ERNÄHRUNGSRÄTE



GUTES ESSEN FÜR ALLE! - DER MÜNCHNER ERNÄHRUNGSRAT E.V.

Gehen Genuss, Gaudi und Nachhaltigkeit zusammen?

Ein Bündnis aus Initiativen, Verbänden, Unternehmen und Privatpersonen gründete im Juni 2018 den Münchner Ernährungsrat e.V. (MER). Ziel des Vereins ist es, in München ein resilientes, gerechtes und gemeinwohlorientiertes Ernährungssystem zu etablieren, durch das saisonale und regionale Lebensmittel aus fairer und nachhaltiger Produktion sowie artgerechter Tierhaltung gefördert werden. Bis 2035 soll die Umsetzung der Agrar- und Ernährungswende für den Großraum München abgeschlossen sein.

MARIA BÄR, MÜNCHNER ERNÄHRUNGSRAT

Als Ernährungswende definiert der MER eine überwiegend pflanzliche Kost, bestehend aus ökologisch, regional, saisonal und fair produzierten Lebensmitteln mit geringem Verarbeitungsgrad.

Das Wirken des MER soll den Fokus auf die Region München haben, wobei hier jedoch keine festen Grenzen gezogen werden. Auch nationale und globale Fragen der Ernährung sind Gegenstand des Handelns des Vereins.

Der MER verfügt nicht über eigene Büroräume und arbeitet überwiegend dezentral über Videokonferenzen, Online-Kommunikations- und Projektmanagementtools. Der Verein ist größtenteils ehrenamtlich organisiert und beschäftigt keine fest angestellten Mitarbeiter*innen. Allerdings besteht für laufende Verwaltungstätigkeiten sowie für Teile des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit eine Förderung über die Stadt München. Weitere Ausgaben für Projekte und laufende Kosten werden über Mitgliedsbeiträge, Spenden und Förderungen finanziert.

Der Ernährungsrat besteht aus seinen Mitgliedern und dem Vorstandsteam. Der Vorstand wird alle zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Mitgliederversammlung als oberstes Organ des Vereins wird einmal im Jahr einberufen. Der Vorstand und ein kleines Kernteam treffen sich in regelmäßigen Abständen zur Koordination von administrativen und organisatorischen Belangen des Vereins. Zweimal im Monat findet ein Aktiven-Treff statt, das allen Interessierten und Mitgliedern offen steht und in dem aktuelle Projekte bearbeitet und diskutiert werden.



▲ Der Mitmachsupermarkt Foodhub in München

Foto: Foodhub

Seit der Vereinsgründung konnten bereits zahlreiche Projekte in den Bereichen Politik, Bildung, Kreislaufwirtschaft und Außer-Haus Verzehr angestoßen und teilweise auch durch den Verein umgesetzt werden.

Ein zentrales Handlungsfeld ist die politische Arbeit. Der Verein steht in einem regelmäßigen Austausch mit der Landeshauptstadt, Stadtratsfraktionen, Parteien und Ministerien. Aktuell berät der MER im Münchner Klimarat die Landeshauptstadt über die Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Zusammen mit Vertreter*innen der Wissenschaft und der Wirtschaft vertritt er hierbei die Rolle der für den Klimaschutz engagierten Zivilgesellschaft. Auch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, wie beispielsweise der Münchner Initiative für Nachhaltigkeit, ist ein wichtiger Baustein der Vereinsarbeit.

Einen großen Hebel für die Ernährungswende sieht der MER in der Außerhausverpflegung, weshalb er sich in vielen Projekten mit der Versorgung von Schulen, Kindertagesstätten und Kantinen auseinandersetzt. In Kooperation mit der Bio-Stadt München wird ein Bio-Regio-Management aufgebaut. Ziel dieses Managements ist es, heimische Wertschöpfungsketten- und Partnerschaften zu etablieren, welche eine regionale und biologische Lebensmittelversorgung der Münchner Bürger*innen gewährleisten soll. Zusätzlich ist ein Ernährungshaus – angelehnt an das »House of Food« in Kopenhagen – für die Stadt München in der Konzeptentwicklung. Aufgabe dieser Einrichtung wird es sein, durch Seminare, individuelle Beratung, Workshops und Fortbildungen alle (öffentlichen) Küchen, auch aller städtischen Gesellschaften, in München möglichst kostenneutral auf Bio-Lebensmittel umzustellen.

Aktuell setzt sich der MER auch für die Ökologisierung von Großveranstaltungen ein. Mit der Aktion »Hendlsauerei – the Dark Side of the Wiesn« Anfang Mai auf dem Münchner Marienplatz macht der Verein, gemeinsam mit weiteren Partner*innen, auf die »wahren Kosten« der Wies'n und anderen Großveranstaltungen in der Stadt aufmerksam. Ziel soll es sein, dass auch beliebte Volksfeste mehr zu Nachhaltigkeit beitragen. Mit der Aktion soll aufgezeigt werden, was aktuell schief läuft – und wie Genuss, Gaudi und Nachhaltigkeit zusammenspielen können.

Ein weiteres Projekt, welches auf Initiative des Ernährungsrates entstanden ist, ist der solidarische Mitmach-Supermarkt Food Hub, der im nächsten Beitrag vorgestellt wird.

Link: muenchner-ernaehrungsrat.de

DER FOODHUB MÜNCHEN

Gute Lebensmittel zu guten Preisen

Seit Mitte des letzten Jahr gibt es den FoodHub München - den ersten solidarische Supermarkt in Deutschland. Entstanden ist er aus den Aktivitäten rund um das Volksbegehren Artenvielfalt in Bayern.

KRISTIN MANSMANN, FOODHUB MÜNCHEN

ANZEIGE

espero

Die undogmatisch libertäre Zeitschrift
Neue Folge Nr. 5 Juli 2022 | 346 Seiten

Olesana Mitronova & Ben Nadler: Die heillosen Untertänigkeit des Antikolonialismus in Russland. **Roel van Duijn:** Die wirkliche Verschwörung | **Colin Ward:** Anarchie und Staat | **Amedeo Bertolo:** Jenseits der Demokratie | **Thomas Holthaus:** Über den herrschenden Staat und die anarchistische Ordnung | **Joachim Schmalz:** Das Orchester ohne Dirigent und was wir von ihm lernen können. **Olaf Briese:** Die erste große Anarchismus-Konferenz 1840/49. **Sigmond Erländer:** | **Siegbert Wolf:** ... ein Sozialismus, der Konsens ist ... **Frederik begaCadet:** ... **Maria Böhms Begegnung:** ... | **Tom Goyens:** Gegen den Strom. **Robert Beagran:** ... | **Ralf Rausch:** Ein Anarchist im Fokus der Kritik. **Th. ...** | **Heiko Koch:** Die Jugendrevolte '81 in Bochum | **Bert Papenfuß:** MUBÄRIN.

Kostenlos zum Download unter:
www.edition-espero.de

Die Idee entstand bei den vielen Diskussionen mit den Bauern im Prozess des Volksbegehrens. Der Grundgedanke dabei war nicht nur regionale Lebensmittel zu vermarkten, sondern das System Handel zu verändern. Im derzeitigen System bestimmen genau vier Handelsriesen was wir in Deutschland essen. Das schränkt die Vielfalt ein und schafft unfaire, da ungleiche Handelsbeziehungen. Klein strukturierte Betriebe bleiben da auf der Strecke. Auf der Suche nach dem richtigen Modell lernten wir Quentin Orain kennen, der das Prinzip des solidarischen Supermarktes aus Paris kannte, und so entstand schnell die Idee des FoodHub München. Der FoodHub zeigt, dass Menschen selbst aktiv werden können und ihre Lebensmittelversorgung wieder selbst in die Hand nehmen.

Der FoodHub München basiert auf drei Grundprinzipien:

Miteigentum: wir sind genossenschaftlich organisiert, das heißt, alle, die bei uns einkaufen sind auch Miteigentümer*innen des Ladens. Das verändert das Verhalten unserer Mitglieder im Supermarkt.

Mithilfe: jeder, der im Laden einkaufen möchte, arbeitet alle vier Wochen drei Stunden mit. Das kann direkt im Laden sein, aber auch in der IT-Arbeitsgruppe oder in der Kommunikation, im Mitgliederbüro oder in der Buchhaltung. Das ist der Grund, warum im FoodHub nur Mitglieder und deren Angehörige einkaufen können. Dadurch bekommen aber auch alle ein Verständnis für die geleistete Arbeit, sie wissen also zum Beispiel, wie komplex eigentlich der Job einer Kassierin ist.

Transparenz: Wir schlagen einheitlich bei allen Lebensmitteln 30 Prozent auf den Einkaufspreis auf, dazu kommt die Umsatzsteuer. Das macht Preisstrukturen im Handel sichtbar. Dort gibt

es Lockangebote, bei denen die Preise künstlich niedrig gehalten werden, etwa bei Butter, weil deren Preis fast jeder kennt. Was bei Butter nicht verdient wird, muss dann natürlich woanders reinkommen. So wird auf die guten, handwerklich hergestellten Produkte mehr aufgeschlagen, was gute Lebensmittel teurer macht. Wir im FoodHub sind abgesehen von Butter und Milchprodukten deutlich günstiger. Wir bieten also gute Lebensmittel zu guten Preisen.

In unserer Genossenschaft teilen sich derzeit fünf Mitarbeiter*innen vier Vollzeitstellen. Die Aufgaben sind klar verteilt. Die fest angestellten Mitarbeiter*innen sind hauptsächlich mit der Organisation und vor allem mit den Bestellungen für den Laden beschäftigt. Unsere Mitglieder arbeiten vor allem im Laden mit, also an der Kasse, beim Regale einräumen, Warenlieferungen annehmen, Käse abpacken usw. Daneben haben wir Arbeitsgruppen für Sortiment, IT, Events, Kommunikation etc., in denen wir uns ehrenamtlich engagieren. Die Mitglieder in diesen Gruppen können sich von der Arbeit im Laden befreien lassen, wenn sie wollen. So gibt es verschiedene Zuständigkeiten und Arbeitsbereiche, da klappt die Zusammenarbeit sehr gut und macht allen Spaß.

Wir sind eben nicht nur ein Supermarkt, sondern ein soziales Projekt, da wir auf unterschiedlichen Ebenen Begegnungen zwischen den verschiedenen Generationen und sozialen Schichten schaffen. Unser jüngstes Mitglied ist 16 unser ältestes 94, es sind alle Schichten vertreten, arbeitssuchende Menschen, Studierende, junge Familien, Alleinerziehende bis sehr gut verdienende Menschen.

Wir haben zuerst einen Verein gegründet, der als Vehikel für alle unsere Aktivitäten dien-

te, unsere Einkaufsgemeinschaft für regionale Lebensmittel, alle Veranstaltungen, aber auch dazu, dass wir sehr kurzfristig einen Mietvertrag unterschreiben konnten. Der Prozess der Genossenschaftsgründung selbst war aufwendig, aber machbar. Schritt für Schritt haben wir alle Punkte abgearbeitet, dabei haben uns die Erfahrungen aus unseren früheren Berufen geholfen. Grundsätzlich sollte man sich bei der Genossenschaftsgründung viele Gedanken über Entscheidungsstrukturen machen, die ja in der Satzung festgelegt werden sollen.

Es gibt verschiedene Organisationsebenen. Für die Arbeit im Laden haben wir Koordinator*innen mit denen wir regelmäßig Schulungen und Besprechungen durchführen. Alle Gruppen, wie das Mitgliederbüro, die Kommunikation, das Eventteam, haben eine*n Sprecher*in. Alle zwei Monate gibt es einen Sprecher*innenrat auf dem Entscheidungen besprochen werden. Grundsätzlich ist aber für die operativen Entscheidungen in letzter Konsequenz der Vorstand zuständig. Wir versuchen gerade, bei schwierigen Entscheidungen schon ein Meinungsbild von den Sprecher*innen einzuholen, um so Dinge auf eine breitere Basis zu stellen.

Daneben gibt es natürlich die Mitgliederversammlung. Gesetzlich vorgeschrieben ist diese nur einmal im Jahr, wir veranstalten jedoch regelmäßig Mitgliederinformationsabende zu denen etwa 200 bis 300 Genoss*innen kommen. Hier informieren wir im Zweimonatsrhythmus über die Zahlen und die aktuellen Themen in der Genossenschaft. Dadurch sind wir sehr nahe an unseren aktuell über 1.600 Mitgliedern dran.

Link: foodhub-muenchen.de

DIE KARAWANE FÜR DAS WASSER UND DAS LEBEN

Über den Widerstand der indigenen Triqui

Während der Karawane für das Wasser und das Leben lernten Aktivist*innen aus Lützerath zahlreiche Kämpfe des überwiegend indigenen Widerstandes in Mexiko kennen, zum Beispiel den der indigenen Bevölkerung der Triqui. In Mexiko-Stadt besetzten Triquis der Gemeinde Tierra Blanca Copala für ein Jahr und fünf Monate eine Straße vor dem Palacio de Bellas Artes, dem größten Museum der Stadt. Die Karawane endete schließlich in Oaxaca, wo die Aktivist*innen das Schicksal der Triqui aus der Gemeinde San Juan Copala kennenlernten.

ESTHER, LÜTZERATH LEBT

Die Triqui sind eine indigene Bevölkerung von circa 30.000 bis 40.000 Menschen. Ihr Territorium befindet sich in den Regionen Mixteca Alta und Mixteca Baja im Westen des Bundesstaates Oaxaca. Die indigene Bevölkerung der Triqui wurde gewaltvoll aus ihrem Territorium vertrieben und deplatziert. Nun sind die meisten von ihnen im ganzen Land verteilt, einige arbeiten in den USA. Die Triqui haben eine lange Vergangenheit der Unterdrückung. Bereits vor der spanischen Kolonialisierung wurden sie von den Azteken unterdrückt und ausgebeutet. Mit der mexikanischen Revolution von 1910 bis 1917 begann der Widerstand der Triqui.

Doch auch lange nach der mexikanischen Revolution erfuhren sie viel Rassismus und Gewalt. Um diese Gewalt endgültig zu beenden, hielten es die Triqui für notwendig, sich gemeinsam zu organisieren und dabei unabhängig zu sein, ihre Territorien zurückzuerlangen, für Frieden zu arbeiten, ihre Rechte zu kennen, Probleme in der Landwirtschaft zu lösen, Kooperativen zu bilden und ihre Produkte zu verkaufen. Auslöser der Organisierung war dabei die Reduzierung ihres Territoriums durch eine Resolution nach den Präsidentschaftswahlen 1973. Aus diesem Zusammenschluss bildete sich schließlich 1981, wegen der immer stärker werdenden Militär- und Polizeigewalt, die *Movimiento de Unificación y Lucha Triqui* (Bewegung für Vereinigung und Kämpfe der Triqui), kurz *MULT*. Zu dieser Zeit waren Morde, willkürliche Verhaftungen, Raubüberfälle und Brandstiftung alltägliche Ereignisse in der Region.

Gefahr für den Staat

Da die *MULT* großes Ansehen und Zuspruch bekam und von nationalen sozialen Kämpfen unterstützt wurde, sah der Staat 1994 die *MULT* als eine Gefahr, die es zu stoppen galt. Es wurde eine soziale Organisation gegründet, die staatlich initiiert und beeinflusst war: *Unidad del Bienestar Social de la Región Triqui* (Einheit für das soziale Wohlbefinden in der Region Triqui), kurz *UBISORT*. Diese staatlich kontrollierte Organisation wurde von der Regierung finanziert, um Waffen und Munition zu kaufen und die Infrastruktur der Region zu verbessern. Diese staatliche Intervention erreichte jedoch nicht ihr Ziel, die *MULT* zu schwächen und zu kriminalisieren. Daher änderte der Staat seine Strategie, indem er sich den Anführer*innen der *MULT* annäherte und ihnen persönliche, finanzielle und politische Vorteile versprach, sofern sie ihre politische Strategie dem Willen des Staates anpassen würden.

So wurde die *MULT* immer mehr dazu gedrängt, nach dem Willen des Staates zu handeln. Dem Vorsitzenden der *MULT* im Jahr 2004, Rufino Merino Zaragoza, wurde schließlich sogar ein Sitz im lokalen Kongress der



▲ Frau der indigenen Triqui besprüht das Gebäude von conagua, die nationale Kommission für Wasser in Mexiko.

Foto: Jana Bauch

Region zugesichert. Dies machte die engen Beziehungen zwischen Staat und *MULT* nochmals deutlich. Mit der Zeit waren die Anhänger*innen und Mitglieder der *MULT* unzufrieden mit den Entscheidungen, die getroffen wurden, da die finanziellen Ressourcen genutzt wurden, um Waffen zu kaufen, Grundstücke zu erwerben und Auftragsmörder zu bezahlen.

Die Führung der *MULT* handelte dennoch entgegen der Wünsche ihrer ursprünglichen Anhänger*innen und entgegen der ursprünglichen Ziele der Organisation. Da es für die Triqui keine Möglichkeit einer Einigung mit der *MULT* gab, beschlossen sie die Werte und Ziele, für die die *MULT* ursprünglich initiiert wurde, zu retten und zu dem Punkt zurückzukehren, bevor die Regierung mit ihrer Macht die *MULT* einnahm.

Willkürliche Gewalt gegen Triqui

Die Triqui mussten sich von der *MULT* und ihrer Führung distanzieren. Im April 2006 wurde schließlich die *MULTI*, eine Organisation die regierungsunabhängig ist, gegründet. Die Gründung der *MULTI* führte zu einem erneuten Anstieg der Gewalt in der Region, zu Hunderten Morden und Verbrechen an der Bevölkerung der Triqui. Der Staat verurteilte indigene Triqui, die für ihre Autonomie gekämpft hatten, zu Unrecht. So wurden bis heute 90 Haftbefehle gegen Triqui ausgestellt und die folgenden sechs *Compañeros* zu langen Haftstrafen verurteilt: Juliatio Garcia Ramirez, Reynaldo Martinez Alvarez, Miguel Angel Velasco Alvarez, Roberto Cardenas Rosas, Alfonso Martinez Ortega, Marcos Garcia de Jesus.

Die willkürliche Gewalt der *MULT* gegen *Compas* der *MULTI* stieg stetig an. So wurde am 20. Mai 2010 Timoteo Alejandro, eine wichtige Person in der Bewegung, ermordet. Der Staat ignorierte diesen Mord, bis heute gab es kein juristisches Verfahren. Diese Angriffe des Staates und der *MULT-Paramilitärs* schwächten die Bewegung. Der Mord an Timoteo Alejandro war schließlich der Grund dafür, dass 135 Familien aus der Gemeinde San Juan Copala ihr Territorium verlassen mussten. Auch nach dieser Vertreibung intervenierte der Staat nicht, sondern simulierte gar ein

Friedensabkommen. Zu diesem Friedensabkommen wurden die vertriebenen Triqui der *MULTI* allerdings nicht eingeladen. Seit 2010 organisieren die Triqui der Gemeinde San Juan Copala ein Protestcamp in Oaxaca Stadt und fordern, wieder sicher in ihr Territorium zurückkehren zu können.

Auch die Triqui aus der Gemeinde Tierra Blanca Copala wurden aus ihrem Territorium vertrieben. Die Triqui in dieser Gemeinde blieben in den Konflikten 2010 neutral. Dennoch wollte sie auch in Tierra Blanca Copala die Gemeinde nicht der *MULT* beugen. Am 26. Dezember 2020 wurde, um Druck auf die Gemeinde aufzubauen und die Macht der *MULT* zu präsentieren, der *Compañero* Martinez López umgebracht und seine drei Kinder José Andres Martinez, Sheyla Martinez Martinez und Darwin Nelson Martinez durch Schüsse verletzt. Diese Gewalt war der Startschuss der Vertreibung von 144 Familien, die der *MULTI* angehören. Seit dem 22. Januar 2021 besetzten die Triqui aus Tierra Blanca Copala die Straße vor dem Palacio de Bellas Artes. Sie fordern eine sichere Rückkehr in ihr Territorium, Gerechtigkeit für die politischen Gefangenen und die Verurteilung der Verantwortlichen für die Morde.

Protestcamp gewaltsam geräumt

Am 24. April 2022, dem letzten Tag der Karawane, wurde eben jenes Camp der Triqui nachts gewaltvoll geräumt. Zu dieser Zeit saß die Karawane zu einem letzten Auswertungs- und Abschlussplenum in Mexiko-Stadt zusammen. Die Polizei und Guardia Nacional räumten das komplette Camp und brachten die insgesamt circa 60 Personen an einen anderen Ort in der Stadt. Sie brachten sie auf einen komplett umzäunten Parkplatz. Die Polizei hinderte die Triqui daran, diesen Ort zu verlassen. Im Zuge der Räumung wurde auf grausame Art auf die Triqui, auch auf Kinder, eingeschlagen. Ein Kind erlitt eine Verletzung am Kopf. Am nächsten Morgen fand deshalb eine Pressekonferenz statt, um auf die Ungerechtigkeit und die gewaltvolle Räumung des Camps aufmerksam zu machen. Die Triqui forderten, sich an einen sicheren Ort begeben zu dürfen und Zugang zu ihren persönlichen Gegenständen zu

bekommen. Dies wurde ihnen verweigert und sie wurden einschließlich mit allen Anwesenden, die für die Pressekonferenz gekommen waren, von der Polizei umstellt. Durch körperliche Auseinandersetzungen mit der Polizei gelang es schließlich, von diesem Ort zu fliehen. Die zuvor gekesselten Triqui rannten nun durch die Straße und wurden von der Polizei verfolgt, es wurde auf Kinder und alte Menschen eingeschlagen. Einige der Menschen konnten sich schließlich in Hinterhöfe und Häuser von solidarischen Anwohner*innen retten. Die schätzungsweise 600 Polizist*innen kesselten an zwei separierten Orten jeweils 30 bis 35 Personen. Einige der Personen konnten sich nach einigen Stunden, in denen sie von der Polizei festgehalten wurden, aus den Händen der Polizist*innen retten und sich an sichere Orte begeben. Die anderen circa 30 Personen wurden ab dem späten Nachmittag in einem Hinterhof festgehalten. Immer wieder versuchten die Triqui, in Verhandlungen mit der Regierung und der Polizei zu treten. Sie forderten zunächst Zugang zu Trinkwasser und Essen und das Recht, sich an einen selbstgewählten sicheren Ort zu begeben. Der Forderung, sich an einen sicheren Ort begeben zu dürfen, wurde bis 22 Uhr am nächsten Tag nicht nachgekommen. Über 24 Stunden wurden sie an diesem Ort festgehalten. Schließlich wurden sie und einige solidarische Unterstützer*innen in Begleitung von

hundertern Polizist*innen zur Casa de los estudios begleitet, einem der Orte, die die Triqui als sicheren Ort genannt hatten. Die circa 60 Personen wurden durch die Straßen geschleucht, es gab keinen Ausweg, alte Menschen mussten gestützt werden. Es konnten keine Pausen gemacht werden, rechts und links rannten Polizist*innen, die verhinderten, dass vom vorgegebenen Weg abgewichen werden konnte.

Letztendlich siegte zunächst die Erleichterung darüber, nach über 40 Stunden an einem sicheren Ort anzukommen. Trotzdem ist die Lage der Familien sehr ungewiss. In ihr Territorium Tierra Blanca Copala können sie nicht zurückkehren, da die paramilitärische *MULT* die Region beherrscht. Weder die Regierung des Bundesstaates Oaxaca noch von Mexiko-Stadt übernehmen Verantwortung für die grausame Situation der Triqui-Gemeinden. Die Proteste der Triqui in Mexiko-Stadt gehen weiter. Sie fordern ein Recht auf ein Camp, wo sie auf die Vertreibung durch Staat und Paramilitär aufmerksam machen können. Vielmehr aber fordern sie, endlich in ihr Territorium zurückkehren zu können, ohne der Gewalt ausgesetzt zu sein und dort mit den Idealen, für die sich die Triqui ursprünglich zusammengeschlossen hatten, mit ihren Familien zu leben.

Links:
<https://bit.ly/3xdqQdR>
MULTI bei Twitter: <https://bit.ly/3agEDZ0>

ANZEIGE

Ossietyky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozietats zu dulden.

Carl von Ossietzky in *Die Weltbühne*, 17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

Herausgeber
Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Redaktion
Dr. Rüdiger Dammann

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 65,-
(Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 35,-
Jahresförderabo € 110,-

Bestellungen an
Ossietyky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre
ossietzky@interdruck.net
Tel. 039031.950 596

GEDENKEN AN SEMRA ERTAN

Zur Ausländerin gemacht

Mit dem zweisprachigen Gedichtband »Mein Name ist Ausländer | Benim Adım Yabancı« von Semra Ertan bekommt die zweite Generation von westdeutschen »GastarbeiterInnen« eine Stimme.

GASTON KIRSCH, HAMBURG

»Semra Ertan erinnerte mich an meine Zeit in den 80er Jahren, daran, wie ich mich damals fühlte«, so Gürsel Yıldırım, langjähriger antirassistischer Aktivist. »In ihrem Gedicht »Benim Adım Yabancı«, »Mein Name ist Ausländer«, spiegelt sich das Leben Hunderttausender ihrer Generation.« Es ist in seiner nüchternen Offenheit ein lyrischer Schlüsseltext aus der zweiten Generation von westdeutschen »GastarbeiterInnen« und das bekannteste Gedicht von Semra Ertan. »Mein Name ist Ausländer« wurde in der Türkei in Schulbüchern abgedruckt:

»Mein Name ist Ausländer,
Ich arbeite hier,
Ich weiß, wie ich arbeite,
Ob die Deutschen es auch wissen?
Meine Arbeit ist schwer,
Meine Arbeit ist schmutzig.
Das gefällt mir nicht, sage ich.
»Wenn dir die Arbeit nicht gefällt
Geh in deine Heimat, sagen sie.«

So die ersten Zeilen des Gedichtes, das Semra Ertan am 7. November 1981 abends nach der Arbeit schrieb. Auf Deutsch und auf Türkisch. Es ist auch als Faksimile abgedruckt im gleichnamigen Gedichtband. In diesem sind 80 Gedichte der Autorin abgedruckt, von denen bisher nur Bruchstücke in zwei Sammelbänden, Schulbüchern und der türkischen Tageszeitung Hürriyet erschienen sind. Das Buch liest sich wie eine Flaschenpost voller Wut, Aufbegehren und Verzweiflung über das Leben. Geboren 1957 in Mersin an der türkischen Mittelmeerküste, gehörte sie von Geburt an einer Minderheit an. Denn sie war »als Teil der arabischsprachigen alevitischen Minderheit nicht nur in Deutschland gesellschaftlicher Ablehnung ausgesetzt, sondern erfuhr auch in der Türkei Ausgrenzung und Diskriminierung«, wie die HerausgeberInnen, Semras Schwester und Nichte und Neffe, in ihrem kurzen Vorwort betonten. In ihren Gedichten sehnt sich Semra Ertan nach Mersin, kritisiert aber auch die Ausbeutung der Frauen, die dort der Macht des Aghas, des Großgrundbesitzers unterworfen sind.

Mit sechs Geschwistern wuchs Semra Ertan bis 1971 in Mersin auf, dann holten ihre Eltern Vehbiye und Gani Bilir sie zu sich nach Kiel, wo sie als GastarbeiterInnen lebten. Am Schluss des Gedichtbandes ist ein Brief der Autorin an einen Verleger abgedruckt, in dem sie über sich schreibt: »Ich wollte hier das Gymnasium besuchen und einen akademischen Grad erreichen. »Wollte« sage ich aus dem Grund (ohne einen Vorwurf daraus zu machen), weil es mir nicht ermöglicht wurde.« Trotzdem fing sie als 15-Jährige an, Gedichte zu verfassen, die sie in Teestuben von türkischen Arbeitervereinen vortrug. Auch an die in der Bundesrepublik erscheinende türkischsprachige Tageszeitung Hürriyet schickte Semra Ertan Gedichte – von denen einige gedruckt wurden.

»Ich bin eine unerfahrene Dichterin, Mein Stift ist unerfahren, Mein Blatt ist unerfahren, Niemand kennt mich. Ich kenne niemanden, Niemand interessiert es, was ich schreibe; Aber mich.«



▲ Zühal und Cana Bilir-Meier, Schwester und Nichte von Semra Ertan, bei der Gedenkveranstaltung am 29. Mai 2021 an der Straßenecke Simon-von-Utrecht-Straße/Detlef-Bremer-Straße in Hamburg, wo Semra Ertan sich am 26. Mai 1982 selbst angezündet hatte. Foto: Gaston Kirsche

Die Anstrengung der Selbstbehauptung, die aus der schönen trotzigen Wendung am Schluss dieses frühen Gedichtes aufscheint, durchzieht den ganzen Band. So schreibt sie einerseits stolz über sich selbst »Ich bin eine Arbeitertochter«, aber an anderer Stelle auch: »Gezwungenermaßen bin ich Dichterin geworden / Habe meine Sorgen auf Papier gebracht.«

Semra Ertan erlebte Deutschland als ein feindliches Hinterland, fühlte sich wie viele Eingewanderte ihrer Generation »wie Stiefkinder«, die als ökonomisch »unbrauchbare Menschen nach Deutschland verkauft« wurden, als Devisenbringer für »das Vaterland« in der Ferne, wie sie in »Mein Name ist Ausländer« schreibt. Und damit traf sie das Lebensgefühl der zweiten Generation. Ohne Sozialromantik beschreibt Semra Ertan Alltägliches, Ungerechtes, Deprimierendes, meist in knappen Sätzen verdichtet. Etwa, was sie beim Warten im Sozialamt beobachtet.

Semra Ertan kann keine Ausbildung, keine Lehre absolvieren: »Ich bin auf die Schule in Heidelberg gegangen – als Bauzeichnerin – da haben sie mich gleich in der ersten Woche zurück nach Kiel geschickt. Das gleiche war im Friseurberuf. Diesmal habe ich mehrere Stellen angenommen und wurde wieder entlassen«, schildert Semra Ertan in ihrem bereits zitierten Brief an einen Verleger. Leider gibt es in dem Buch keinen ausführlichen biografischen Text, um Genaueres über ihre Lebensbedingungen, über ihre Arbeitserfahrungen, ihre Wohnsituation zu erfahren.

Semra Ertan dolmetscht für Nichtdeutschsprachige bei Ämtergängen und engagiert sich politisch. Sie beteiligt sich an antifaschistischen Protesten etwa gegen die »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung«, eine 1981 gegründete Tarnliste der neofaschistischen NPD, die am 7. März 1982 bei den Kommunalwahlen in Kiel auf 3,8 Prozent der Stimmen kam. Von diesem Erfolg motiviert, gründeten NPDler vier Wochen später die »Hamburger Liste für Ausländerstopp«, (HLA), deren Programm nur

aus Hetze gegen »Überfremdung« bestand. Mit Rassismus anstatt offenem Hitlerkult wollten die Neonazis anschlussfähig werden. Die Mehrheit der westdeutschen Gesellschaft forderte die »Rückkehr der Gastarbeiter in ihre Herkunftsländer«. Bereits 1975 trat eine Zuzugssperre in Kraft, die Umzüge von »Gastarbeitern« in Stadtviertel untersagte, in denen bereits viele MigrantInnen wohnten. Begründet wurde das Verbot mit den »Belangen der Bundesrepublik«, wie sie im Ausländergesetz definiert wurden.

Mit der tiefen Wirtschaftskrise 1981 schrumpften ganze Industriezweige, die Arbeitslosenzahlen stiegen. Viele »GastarbeiterInnen«, welche unter elenden, prekären Bedingungen die schmutzigsten und gesundheitsschädlichsten Arbeiten erledigten, wurden als Geringqualifizierte entlassen. In den Betrieben standen sie in der Hierarchie ganz unten, viele deutsche ArbeiterInnen glaubten, sich nach unten abgrenzen zu müssen. Statt Solidarität erfuhren »GastarbeiterInnen« so selbst in ihrer eigenen Klasse häufig Diskriminierung und Abspaltung. Nach langer Debatte trat 1983 ein Gesetz »zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern« in Kraft, darin wurde eine staatliche »Rückkehrprämie« von 10.500 D-Mark zur »Förderung der Ausreisebereitschaft« erlassen. In der politischen Debatte wurden die während der damaligen Wirtschaftskrise zuerst entlassenen MigrantInnen, die »GastarbeiterInnen«, zunehmend als Problem und Belastung dargestellt. Das gesellschaftliche Klima kippte nach rechts. Forderten im November 1978 noch 39 Prozent der Deutschen, »die Ausländer sollen in ihre Heimatländer zurückkehren«, so stieg dieser Wert bis März 1982 auf 68 Prozent, wie der Chronik des 20. Jahrhunderts des Harenberg Verlags zu entnehmen ist.

Semra Ertan trat aus Protest gegen den extremen werdenden Rassismus in einen Hungerstreik. Sie wollte die Diskriminierung nicht mehr ertragen. Vielleicht konnte sie auch einfach

nicht mehr. Sie litt an Depressionen: »Bin an den Vorurteilen und Miss-handlungen vieler Deutscher nervenkrank geworden«, wie sie selbst erklärte. »Sie erlebt ihre Situation in dem gegenüber »Fremden« feindlich gesonnenen Umfeld als hoffnungslos, unternimmt Selbstmordversuche«, schildert ein Artikel in der Tageszeitung taz vom 28. Mai 1982 Semra Ertans Situation. Trotzdem erfährt sie weitere Erniedrigungen: »Von einem Arzt in Kiel, der ihr wiederholt den Magen auspumpt, hört sie lediglich den Ratschlag, beim nächsten Mal doch von der Holtener Hochbrücke zu springen.«

Im Unterschied zu vielen anderen, denen es ähnlich ging, gibt es von Semra Ertan jetzt einen Band voller Gedichte, in denen sie immer wieder die soziale Apartheid kritisiert. Den Begriff machte Günter Wallraff populär, der in seiner Undercover-Recherche als Ali mit schwarzgefärbtem Haar die besonders extremen Ausbeutungsverhältnisse und die Diskriminierung durch weiße Deutsche als vermeintlicher »Gastarbeiter« selbst erlebte. Sein 1985 erschienenes Buch »Ganz Unten« widmete Günther Wallraff Semra Ertan, wobei er ihren Namen falsch schrieb. Da war Semra Ertan bereits drei Jahre tot.

Am 25. Mai 1982 erklärte Semra Ertan in einem Interview für die Radiosendung »Umschau am Abend« des NDR: »Wenigstens sollten wir hier nicht wie Hunde behandelt werden von den Deutschen. Ich möchte richtig wie ein Mensch behandelt werden!« Auch beim ZDF rief sie an: »Ich werde mich verbrennen. Wollt ihr nicht darüber berichten?« Den Abend verbrachte Semra Ertan in Hamburg in einer der Teestuben und las Gedichte von sich vor. Am nächsten Morgen kaufte sie sich an einer Tankstelle Benzin, übergoss sich damit und zündete sich selbst an. Mitten auf St. Pauli. Trotz schneller Hilfe verbrannte sie sich stark. Zwei Tage später starb sie, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben, am 28. Mai 1982 im Krankenhaus. »Sie hat sich vor den Augen der deutschen Öffentlichkeit geradezu

demonstrativ verabschiedet, weil sie die Welt nicht ertragen konnte, in der sie lebte«, erklärt Gürsel Yıldırım.

»Sie hat sich auf eine tragische Art und Weise verabschiedet, damit ihr Leben nicht vergessen wird. Und auch nicht die gesellschaftlichen Hintergründe, die sie krank gemacht haben und sie dazu verleitet haben, sich umzubringen.«

In der Türkei war ihr Tod ein großes Thema. Die größten türkischen Zeitungen berichteten ausführlich, wie Gürsel Yıldırım recherchiert hat. Die Tageszeitung Hürriyet kritisierte, dass im Bundestag darüber geredet werde, »wie die Ausländerzahl vermindert werden« könne. Semra Ertan wurde am 4. Juni 1982 in ihrem Geburtsort Mersin beigesetzt.

Anfang der 1990er Jahre erhob das »Volkshaus der Türkei in Hamburg e.V.« die Forderungen nach einer »Ramazan-Avcı-Straße (gegen rassistische Gewalt)«, nach einem »Semra-Ertan-Platz (gegen alltäglichen Rassismus)« und einem »Kemal-Altun-Platz (gegen Missachtung des Asylrechts)«. An der damaligen Kundgebung nahmen etwa 50 AktivistInnen aus dem Volkshausumfeld auf dem heutigen Ramazan-Avcı-Platz in Hamburg-Hohenfelde teil. 2013 veröffentlichte Cana Bilir-Meier, Nichte der Dichterin, im Rahmen ihres Studiums den bewegenden Kurzfilm »Semra Ertan«, der auch heute noch auf Vimeo kostenfrei gestreamt werden kann. 2018 beteiligten sie und ihre Mutter Zühal Bilir-Meier sich an der Gründung der »Initiative in Gedenken an Semra Ertan«. Die veranstaltet seitdem jährlich im Mai eine Gedenkundgebung an der Straßenecke Simon-von-Utrecht-Straße/Detlef-Bremer-Straße auf St. Pauli, fordert eine Gedenktafel dort und die Benennung einer Straße in Hamburg nach Semra Ertan.

Ende 2020 ist ein Band mit Gedichten von Semra Ertan in deutscher und türkischer Sprache erschienen. Semra Ertan: Mein Name ist Ausländer | Benim Adım Yabancı.

Infos: <https://semraertaninitiative.wordpress.com>

KONSUMIDEOLOGIE



Der Politikwissenschaftler und Journalist Johannes Greß setzt bei seinen Überlegungen stark auf die Theorie von Herbert Marcuse (»Der eindimensionale Mensch«, dtsh. 1967) bzw. versucht diese weiterzudenken. Im Zuge seiner Darstellung definiert er diese mit den Worten: »Sie [die Konsumideologie] konstituiert sich im Spannungsverhältnis der Triade Objekt klein a, kapitalistische Reproduktion und des diskursiven Charakters von Gesellschaft. Konsumideologie ist privilegiert dazu, die aus der konstitutiven Mangelhaftigkeit resultierenden Forderungen der drei Elemente (jouissance, Mehrwert, hegemoniale Stabilisierung) zu bedienen« (S. 64).

In der Einleitung heißt es dementprechend: »Zu Beginn steht daher die These, die Marcuses komplettes Werk durchzieht, wonach es das exorbitante Warenangebot ist, das die freiwillige Unterwerfung der Massen reproduziert« (S. 10).

Weiterhin greift Greß ergänzend auf Werke von Ernesto Lacau, Slavoj Zizek, Jacques Lacan und Ferdinand de Saussure zurück. Eine feministische Perspektive auf den Themenkomplex wäre sicherlich auch interessant gewesen, fehlt aber leider. Die Beispiele, die er zur Illustration heranzieht – von den französischen Gelbwesten bis hin zu Greta Thunberg und Fridays for Future (FFF) – sind hingegen neuerer Natur und leichter verständlich. In insgesamt sieben Kapiteln setzt er sich mit dem Themenkomplex »Konsum und Klimakrise« theoretisch fundiert auseinander.

In der Zusammenfassung heißt es dann schließlich: »Die ideologische Funktion von Konsum im Kontext der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Globalen Norden ist somit eine Doppelte: Einerseits haben wir es mit einer affirmativen individualisierend-entpolitizierenden, andererseits mit einer verleugnend-entpolitizierenden ideologischen Formation zu tun« (S. 133).

Streckenweise wirkt der Text eher wie eine Einführung in das Denken von Marcuse als eine Darstellung oder Kritik von Konsumideologie. Gerade im letzten Kapitel wird dies deutlich – wo sich seine zwei Hauptthesen auf den bekannten Vertreter der Frankfurter Schule beziehen. Hier wäre etwas mehr Offenheit für bzw. zumindest die Nennung anderer theoretische Zugänge wünschenswert gewesen.

Die Reihe theorie.org des Verlages, in der auch dieses Buch erscheint, ist in der Regel geprägt durch Veröffentlichungen mit Einführungscharakter. Greß' Text fällt diesbezüglich etwas aus der Reihe. Seine Argumentation und das verwendete Vokabular setzen bei den Lesenden bereits einiges an Vorwissen und Vorkenntnisse voraus. Zudem ist die Fokussierung auf Marcuse etwas einseitig. Trotzdem ist es ein sehr lesenswerter und empfehlenswerter Titel, wenn man sich mit einer Aktualisierung von Marcuses politischer Theorie auseinandersetzen will.

Maurice Schuhmann

Johannes Greß: Konsumideologie. Kapitalismus und Opposition in Zeiten der Klimakrise; Schmetterling Verlag Stuttgart 2022, 168 Seiten, 16,80 Euro

DIE ERNÄHRUNGSZUKUNFT HAT BEGONNEN ...



... zumindest in Berlin und Brandenburg, so die Hauptaussage dieses Buches. Die Idee dazu entstand 2020 bei der vom Ernährungsrat organisierten Aktionskonferenz »2030 ernährt sich Berlin klima- und sozial gerecht!«. Es wurden Informationen über Initiativen, Organisationen und Menschen, die bereits an der Ernährungswende arbeiten, zusammengetragen und das Ergebnis ist überwältigend: »Egal ob in Verwaltung oder Backstube, Hochschule oder Armutsnetzwerk, Gemeinschaftsgarten oder Kitaküche, Forschungszentrum oder Hühnerstall – überall gibt es Engagierte, die bereits unterwegs sind.«

Das Buch trägt all diese Erfahrungen und Ideen zusammen und kommt zu dem Schluss, es wäre möglich, die ganze Region inklusive der Millionenstadt Berlin bio-regional zu ernähren. Dabei wird klargestellt, dass das Thema Ernährung ein Querschnittsthema ist: Es geht dabei auch um Umwelt, Klima, Bildung, Gesundheit und soziale Aspekte. Und das ist auch eines der angesprochenen Probleme: Verwaltungen sind oft in ihrem Ressortdenken gefangen und nicht flexibel genug, um Kooperationen zu fördern und dem vorhandenen Potenzial die volle Entfaltung zu ermöglichen.

Am Beginn des Buches stehen ein historischer Rückblick und eine Bestandsaufnahme, darauf folgt eine Vorstellung der vielen Organisationen und Initiativen. Dabei geht es auch um bekannte Dinge wie »solidarische Landwirtschaft« oder Gemeinschaftsgärten, die Ideen sind jedoch viel weitreichender. Da gibt es die Forschungseinrichtung, die eine »Planetary Health Diet« ausgetüfelt hat, also einen Speiseplan, wie sich die ganze Weltbevölkerung gesund ernähren könnte, ohne die natürlichen Ressourcen zu übernutzen; Landwirt*innen, die in der regenerativen Landwirtschaft Naturschutz mit der Produktion von gesunden Lebensmitteln verbinden oder Versuchsanstalten, die mit einer klimapositiven Kreislaufwirtschaft experimentieren. Finanzierungsmodelle fehlen ebenso wenig wie Konzepte für eine Lebensmittelproduktion in der Stadt. Schließlich geht es aber noch um mehr: um soziale Beziehungen, die dabei entstehen, um Kinder, die wieder lernen, wie Lebensmittel wachsen, um neue Ausbildungsberufe und die Freude an der Handarbeit.

All das ist keine Zukunftsvision, das gibt es schon. Bleibt am Ende die Frage, warum 85 Prozent der Nahrungsmittel mehr oder weniger weite Wege zurücklegen müssen, bevor sie in Berlin auf den Teller kommen. Dass das nicht so bleiben soll, dafür ist dieses Buch ein überzeugendes Plädoyer. Egal, ob man sich schon viel mit dem Thema beschäftigt hat oder neu dazu kommt, dieses Buch bietet für alle etwas und es liest sich dazu noch ausgesprochen flüssig und anregend.

Brigitte Kratzwald

Ernährungsrat Berlin (Hg.): Berlin isst anders. Ein Zukunftsmenü für Berlin und Brandenburg; Berlin 2021, 224 Seiten, 20,30 Euro

Als PDF frei zugänglich unter: <https://bit.ly/3wTqMAV>

WER WOHNRAUM TEILT, GEWINNT



Selbstorganisiertes und gemeinschaftliches Wohnen liegt im Trend. Gelebt wird es jedoch (bis jetzt) nur von Wenigen. Das Buch, das im Rahmen eines Forschungsprojekts an der TU Wien zum Thema »Neues soziales Wohnen« entstanden ist, sollte von Deckel zu Deckel gelesen werden. Hat man das getan, wundert man sich, wieso die meisten Häuser und Wohnungen immer noch am familistischen Modell der heteronormativen Kleinfamilie orientiert sind, und privates »Eigentum« als Daseinsvorsorge dient, wo es doch das Gemeinschaftsleben zerstört. Die einzelnen Artikel wurden von WissenschaftlerInnen, ArchitektInnen, StadtforscherInnen, BeraterInnen, AktivistInnen geschrieben, die zum Teil selbst gemeinschaftlich wohnen, jedenfalls über vielfältige Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, die sie einem breiten Leserkreis in theoretischen Beiträgen, praktischen Beispielen und Interviews nahebringen können. Sie alle messen »Gemeinschaft« und gemeinschaftlichem Planen einen hohen Stellenwert bei, dazu gehören auch Fragen wie Wohnflächenverbrauch, bezahlbare Mieten, ökologische und soziale Nachhaltigkeit, die Möglichkeit flexibler Sozialbeziehungen und solidarisches und politisches Handeln, Selbstbestimmung, Selbstorganisation, Diversität der NutzerInnen, Heterogenität bei Alter, Herkunftsland und Liebesbeziehungen.

Wichtig ist ihr Verweis, dass kollektives Bauen und Wohnen keine neue Erfindung sind, sondern dass seit Beginn der Industrialisierung ArbeiterInnen Gemeinschaftsprojekte mit bezahlbarem Wohnraum schafften, die während der konservativen Nachkriegs-Familien-Politik kaum mehr realisiert oder diskutiert wurden. Erst in den 1970er und 80er Jahren besannen sich Menschen auf die alte Tradition und wollten wieder aus der familistischen Enge mit der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung ausbrechen. Seitdem entstanden Häuser mit Gemeinschaftsküchen, Werkstätten und »Möglichkeitsräumen«, die verschieden »bespielt« werden können. Angeführt werden viele Beispiele, die in Berlin, Wien, Zürich, Freiburg, aber auch außerhalb von Metropolen entstanden. Die AutorInnen zeigen unterschiedlich große Projekte auf, mit unterschiedlichen Finanzierungs-, Planungs- und Bewirtschaftungsmodellen und Rechtsformen. Wobei neben Mietshäuser Syndikat, habiTAT, den Stiftungen trias, Edith Maryon, auch Genossenschaftsmodelle im Mittelpunkt stehen.

Wichtig ist allen AutorInnen, dass Grundbesitz und Wohnungen vergemeinschaftet und dem Markt entzogen werden müssen – und ohne Gewinnstreben bewirtschaftet werden. Sie zeigen auf, dass viele Menschen auf großen Wohnraum, auf individuelles Eigentum verzichten, jedoch durch das Teilen mit anderen vieles gewinnen, das sie für sich allein gar nicht so haben könnten.

Gisela Notz

Andrej Holm, Christoph Laimer (Hg.): Gemeinschaftliches Wohnen und selbstorganisiertes Bauen; TU Wien AcademicPress, Wien 2021, 257 Seiten, 19,50 Euro
Frei zugänglich unter: <https://bit.ly/3FKawoD>

70 TEXTE VON HEINRICH VOGELER



Der Erste Weltkrieg und die Novemberrevolution sind für den 1872 in Bremen geborenen Künstler Heinrich Vogeler einschneidende Ereignisse. Vor allem durch das Kriegserlebnis, aber auch durch seine künstlerische Krise – er hat genug von seiner Rolle als langjähriger »Liebling des Bürgertums« – politisiert und radikalisiert er sich und beginnt öffentlich zu schreiben. Er wird ab 1918 vom bekannten Jugendstil-Künstler zum Sozialisten. Nahezu alle seine Publikationen erscheinen im letzten Drittel seines Lebens.

Die vorliegende Edition versammelt rund 70 Texte von Vogeler. Sie erscheint aus Anlass seines diesjährigen 150. Geburts- sowie 80. Todestages. Enthalten sind Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften, aus Sammelwerken, ja ganze Broschüren. Formal sind es Programmtexte, Aufrufe, Polemiken, Flugschriften und Offene Briefe. Die meisten stammen aus der Zeit von 1918 bis 1923, als der Barkenhoff in Worpswede eine »Arbeitskommune« (heute würde sie »Landkommune« oder »Gemeinschaft« genannt werden) ist, und Vogeler (trotzdem oder deswegen) unermüdlich unterwegs ist und Vorträge hält. Das zweite von vier Kapiteln umfasst Texte aus Vogelers Zeit in Berlin von 1923 bis 1931, das dritte präsentiert Beiträge aus seinem dauerhaften Aufenthalt in der Sowjetunion bis zu seinem Tod 1942. Im vierten und letzten Abschnitt finden sich sechs autobiographische Texte.

Thematisch geht es um Revolution und progressive Pädagogik, die Utopie des Kommunismus und des »Neuen Menschen«, um Anarchismus, ländliche Siedlung, politische Strategien, Räteordnung und vieles andere mehr. Mit dieser wichtigen und verdienstvollen Publikation liegt erstmals eine exemplarische und repräsentative Sammlung von Heinrich Vogelers zu Lebzeiten veröffentlichten Texten vor. Sie ermöglichen eine fundierte Auseinandersetzung mit Vogelers Denken über Politik, Pädagogik und Kunst; sie zeigen zudem, wie vernetzt er vor allem in der Barkenhoffzeit mit den vielen sozialrevolutionären Gruppen jener Jahre war.

Die Beschäftigung mit Vogeler ist auch heute noch mehr als lohnend, nicht nur aus ästhetischer Hinsicht. Die von ihm oft sehr idealistisch, wenn nicht schwärmerisch diskutierten Anliegen, wie unter anderem Gemeinschaft, gegenseitige Hilfe, alternative Ökonomie, Naturverhältnis und die Spannung zwischen Pädagogik und dem Wunsch nach einem »neuen Menschen« sind weiterhin aktuell.

Nicht zuletzt scheint in seinem Leben auch die Tragik des deutschen Kommunismus mit auf. Und wer schon immer einmal die Hausordnung des Barkenhoff nachlesen wollte, hat nun wieder Gelegenheit dazu. Diese ist in der Broschüre »Siedlungswesen und Arbeitsschule« von 1919 veröffentlicht worden (Zitat: »3. Aus der Küche ist eigenmächtig keine Verpflegung zu entnehmen.«).

Bernd Hüttner

Walter Fähnders/Helga Karrenbock (Hrsg.): Heinrich Vogeler. Schriften; Aisthesis Verlag, Bielefeld 2022, 290 Seiten, 25 Euro

KLIMAGERECHT LEBEN IM QUARTIER



Er gibt einfach nicht auf. Gemeint ist der Schweizer Autor, Commons-Aktivist und Mitbegründer verschiedener Genossenschaften P.M.. Er hat viele Ideen vom anderen Wohnen und Arbeiten, für ein gemeinschaftliches, klimafreundliches, gerechtes und genussvolles Leben. Aber natürlich arbeitet P.M. nicht allein. Seit 2010 gibt es den Verein »Neustart Schweiz«, der auf Basis der »bolo'bolo«-Idee zahlreiche Projekte unterstützt, fördern und anregen will.

Zu dessen Aktivitäten gehören auch (teilweise mehrsprachige) Publikationen, die sich den entsprechenden Themen widmen und über die Schweiz hinaus wirken sollen. Die neueste Publikation enthält Texte von Hans E. Widmer (aka P.M.), Dorothee Spuhler, Panayotis Antoniadis und Michael Baumgartner.

Sie ist in zwei Kapitel gegliedert: »Grenzen und Grundlagen« und »Ansätze der Umsetzung«. Vielleicht haben die Berechnungen, die angekündigte Umsetzung und der Anspruch auf Globalisierung etwas von Größenwahn, aber irgendwo muss ja angefangen werden zu diskutieren. So wird im Anhang in einer Grafik die Idee von »Global Climate Justice« von der lokalen Ebene zu einem Gesamtkonzept weltweit ausgedehnt und nach Fläche und Bewohner*innenzahl neu sortiert.

Spannend, vor allem für Computereffreaks, ist sicher auch das Thema »terroristisches Internet«, das heißt die Schaffung von lokalen, digitalen Räumen, die demokratisch organisiert werden könnten, gegen private und staatliche Überwachung und gegen die Datenkraken. Unsere Gegner*innen sind mächtig und groß, aber wir müssen uns auch selbst von diversen Denkmustern verabschieden.

Vielleicht wird im Buch noch zu oft davon geschrieben, dass wir die Welt retten müssten, wengleich die Erde ohne Menschen gut – wenn nicht sogar besser – existieren könnte. Es geht also darum, wie wir unsere Existenz retten können, wie wir und unsere Kindeskinde auf diesem Planeten ein gutes Leben haben können. Hier liegt unsere Verantwortung, die nicht nur im Mülltrennen liegt, sondern auch in einer sozialen Umwandlung – um nicht gleich das Wort »Revolution« zu benutzen –, die auch unser Zusammenleben neu denkt.

Wie sehen die »Module«, jene Einheiten des Zusammenlebens aus? Wie können Quartiere, Klein- und Großstädte funktionieren oder Territorien mit zehn Millionen Menschen? Aber keine Angst, ein großes Problem muss groß gedacht werden.

Natürlich ist dieses Buch nicht das einzige zum Thema, aber es scheint mir doch wichtig zu sein, dass uns klar wird, wie wir leben wollen. Dazu bedarf es Argumente, Ideen und Vorstellungskraft, die uns hilft, mutig zu werden, eine Wende im Denken und Handeln herbeizuführen. Das Buch liefert eine Analyse und einige Ideen für eine Veränderung, und »Neustart Schweiz« arbeitet an der konkreten Umsetzung.

Jochen Knoblauch

P.M. et al.: Auf den Boden kommen. Klimagerecht leben im Quartier; Zürich 2022, 176 Seiten, 20 Schweizer Franken. Bestellungen unter: <https://bit.ly/3NwqR2W>

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

DIREKTE AKTION

Tipping Points#7

17. bis 19. Juni (Innsbruck)

Sommer, Sonne,... Tipping Points! Unter dem Motto »Hands on – Direct Action und politische Arbeit abseits von Protest« erwartet euch ein sonniges Wochenende voller Austausch, Workshops, und Trainings. Die Black Lives Matter-Bewegung, F*Streik-Gruppen, die Klimagerechtigkeitsbewegung und viele weitere führen uns tagtäglich vor Augen, dass politische Arbeit nicht nur aus parteipolitischer Arbeit besteht – sie findet auch auf der Straße, im Alltag und der eigenen Politgruppe statt, »von unten« und direkt. Seit jeher gibt es Menschen, die nicht nur Forderungen an Autoritäten bemühen, sondern selbst Hand anlegen. Du hast Lust mehr zu erfahren und eigene Skills zu erweitern? Dann schau beim diesjährigen Tipping Points#7 in Innsbruck vorbei.

Ort: Waldorfschule Innsbruck, Jahnstraße 5, 6020 Innsbruck
Info: bit.ly/3EkAhex

AKTIONSCAMP

Atomwaffen abschaffen!

5. bis 10. Juli (Büchel)

Auf dem Fliegerhorst in Büchel lagern die USA etwa 20 Atombomben. Im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe in der NATO trainieren deutsche Bundeswehr-Pilot*innen regelmäßig den Abwurf und sind im Kriegsfall verpflichtet, die Atombomben im Zielgebiet abzuwerfen. Durch den Angriffskrieg auf die Ukraine ist der mögliche Einsatz von Atomwaffen in erschreckende Nähe

gerückt. Gemeinsam mit vielen anderen Menschen wollen die Organisator*innen mit viel Kreativität zeigen, wie wichtig gerade in der heutigen Zeit die Abschaffung von Atomwaffen ist.

Info: bit.ly/3yLYGZO

GENOSSENSCHAFT

Gemeinwohlorientiert Wirtschaften

8. Juli, 11 bis 17 Uhr (Berlin)

Der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens bringt Akteure, die sowohl wissenschaftlich als auch praktisch an gemeinwohlorientierten Formen des Wirtschaftens arbeiten, zusammen und bietet den Rahmen für eine Auseinandersetzung mit der Frage nach der Gemeinwohlorientierung von Genossenschaften.

Ort: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.
Info: https://bit.ly/3LBdugv

FESTIVAL

Alta Felicita

28. Juli bis 1. August (Piemont bei Turin)

Das jährlich stattfindende Festival der NoTAV-Bewegung verspricht drei Tage lang Musik non stop. No TAV ist eine Bürgerbewegung, die seit drei Jahrzehnten Widerstand gegen die neue Bahnlinie Turin-Lyon leistet. Vor Ort kann mit der Jugend dieser Bewegung Kontakt aufgenommen werden. Eintritt, Zelten und Kulturveranstaltungen sind frei und kostenlos.

Ort: Venaus im Susatal, Italien
Info: bit.ly/3NnlPPS

AKTION

Ende Gelände

9. bis 15. August (Hamburg)

Ende Gelände kündigt eine Sommeraktion gegen koloniale Kontinuitäten und für Klimagerechtigkeit im Großraum Hamburg an. Für diese Aktionswoche wird auch ein Klimacamp aufgebaut. Das Klimagerechtigkeitsbündnis will sich insbesondere gegen den fossilen Rollback und den Ausbau fossiler Gasinfrastruktur wenden und die globalen Ungerechtigkeiten in den Mittelpunkt rücken, die sich mit den Plänen für neue LNG-Terminals an der Elbmündung verbinden.

Info: bit.ly/3ynB0e4

TAGUNG

Wege aus der Obdachlosigkeit

8. & 9. September (Bremen)

Heute sind mehr als 600 Menschen in Bremen obdachlos, Tausende sind von Wohnungslosigkeit bedroht und der soziale Wohnungsbau reicht bisher nicht aus, um an dieser Situation etwas zu ändern. Die Wohnungshilfe Bremen e.V. bietet mit dem Modellprojekt »Housing first« Menschen, die ihr Zuhause verloren haben, Wohnraum an. Dies ist für sie oft der erste Schritt zurück in die Normalität. Eingeladen sind Menschen in Wohnungsnot, Professionelle und Ehrenamtliche aus der sozialen Arbeit und der Wohnungspolitik, Vermieter*innen, Wohnunternehmen und alle Interessierten

Ort: Kunsthalle, Am Wall 207, 28195 Bremen
Info: bit.ly/3MYf11

FRIEDENSFESTIVAL

Future Without War

9. bis 11. September (Utrecht)

Viele Aktivist*innen aus den Niederlanden, Belgien und Deutschland, aber auch der Ukraine und Belarus, Westpapua und Kolumbien werden (zum Teil auch virtuell) zusammenkommen, um gewaltfreie Alternativen zu den Kriegen dieser Welt vorzustellen und die Beziehungen zwischen Kriegsvorbereitung und der Klima- und Migrationskrise aufzuzeigen. Beim Schwerpunktthema »Ukraine-Krieg« geht es darum, die Perspektive der Friedensaktivist*innen in der Ukraine, Russland und Belarus sichtbar zu machen und zu überlegen, wie die vielen erfahrenen Friedensaktivist*innen sie unterstützen können. Die Workshops sollen interaktiv, partizipativ und aktivierend sein.

Info: bit.ly/3snslEr

KINDER AKTIONSTAG

Hexenküche - gestärkt in den Herbst

24. September, 10 bis 13 Uhr (Escherode)

Um fit in den nächsten Winter zu starten, stellen wir stärkende Tees oder wohltuenden Husten-Sirup selber her. Während der Hexenkessel brodelt, können wir uns am Feuer wärmen und leckeres Stockbrot backen. Eingeladen sind: junge Hexen und Zauberer zwischen fünf und zehn Jahren. Treffpunkt ist im Krautwerk Kräuter- und Beeren-garten, gegenüber des Hofladens auf dem gASTWERKE Gelände.

Ort: Forstamtstrasse 6-8, 34355 Staufenberg - Escherode
Info: bit.ly/3FnO3h1

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contrast.e.org
Verein: vorstand@contrast.e.org
Redaktion: redaktion@contrast.e.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contrast-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
Ulrike Kumppe
✉ ulrike.kumppe@contrast.e.org

REDAKTION BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contrast.e.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉ johannes.dietrich@contrast.e.org

REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
✉ kai.boehne@contrast.e.org

REDAKTION HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
✉ hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contrast.e.org

REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contrast.e.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contrast.e.org

REDAKTION LÜNEBURG:

Marlene Seibel
✉ marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdiend.de

REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla
✉ kontakt@finkenburg.info

REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contrast.e.org

ANZEIGEN

Kai Böhne
✉ anzeigen@contrast.e.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contrast.e.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contrast.e.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contrast.e.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉ webmaster@contrast.e.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @contrast_e_org
Mailingliste: https://lists.contraste.org/sympa/info/contrast-liste

ANZEIGEN

anders.

jetzt am Kiosk!
Montag-Freitag 1,90 € • Samstag 2,30 €

Alle Verkaufsstellen unter: jungewelt.de/kiosk

Klima • Klasse • Widerstand
Die große Rolle rückwärts und wie wir sie aufhalten wollen

Ökosozialistische Konferenz
16.-19. Juni, im NaturFreunde-Haus Köln-Kalk

Vorläufiges Programm:
Plenarveranstaltungen
◆ Die Katastrophe ist schon da – wie gehen wir damit um?
◆ Sollen wir Russland den Hahn abdrehen? Energieumbau und Krieg
◆ Die Preise galoppieren davon – Können wir uns den ökologischen Umbau überhaupt leisten?

Workshops
zu den Bereichen: Energie • Landwirtschaft • Umbau der Industrie • Verkehr • Ökofeminismus • Strategien und Aktionen

Es referieren u. a.:
Eva Gelinsky, Verena Kreiling, Stefan Krull, Jonathan Neale, Kathrin Vogler...

Anmeldung über:
https://intersoz.org/oekosozialistische-konferenz-2022/
ISO – Internationale Sozialistische Organisation

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahrszeitschrift 33. Jahrgang, Nr. 130, Juni 2022, 216 Seiten

Weltordnungskrieg
Crome – Krieg um die neue Weltordnung / Weiß – USA als Weltordnungsmacht / Jaitner – Russland: Von autoritären Umbrüchen bis zum Krieg / Becker – Sanktionen: Strategien und globale Implikationen / Wagner – Zeitenwende Aufrüstung / Paech – Krieg gegen die Ukraine - Völkerrecht als Sanktion? / Ruf – Zeitenwende?

Marx-Engels-Forschung:
Rauhala – Neue Marx-Lektüre und DDR-Debatte um Messbarkeit des Arbeitswerts / Lietz / Schwarz – Wert und abstrakt menschliche Arbeit in Produktion und Austausch

Und: Karg / Laßhof – „System Change not Climate Change“? / Klein – Transformatorische Regulationsweise / Diers – Vere Gordon Child (1892-1957) / Leisewitz / Lütten – Sozialstruktur der BRD 1996-2019 (III)

Sowie: Kommentare, Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

...und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contrast.e.org